

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	19. September 2024
Zeit	19:30 Uhr bis 23:10 Uhr
Ort	Aula Bleicherain, Primarschule Angelrain
Vorsitz	Beat Hiller
Anwesende	36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Sigrid Schärer Beate Ninow Marcel Strebel Manuel Silva
Protokollführung	Beatrice Räber

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahmen Daniel Bär (SP), Manuel Egli (GLP), Sandro Werder (FDP)
3. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
4. Kinderbetreuungsreglement; Anpassung in Bezug auf Einführung der Tages-
schule per Schuljahr 2025/2026
5. Aufgaben- und Finanzplanung Einwohnergemeinde 2025 - 2029
6. Budget Einwohnergemeinde EG 2025
7. Aabach Nord; Machbarkeitsstudie mit Testplanung; Synthesebericht; Erarbei-
tung des Entwicklungsrichtplans; Verpflichtungskredit
8. Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante
Kronenplatz «Sandweg»; Kreditabrechnung
9. Knoten Hardstrasse/Fabrikstrasse; Anpassung Verkehrsführung und Ergänzung
Gehweg; Kreditabrechnung
10. Motion; Die Mitte, EVP und weitere Unterzeichnende; Umsetzung behinderten-
gerechter Zugang neues Schulhaus; Überweisung
11. Einwohnerrat; Schriftliche Anfrage Grüne; "Arbeitsbelastung Stadtrat"; Beant-
wortung
12. Einwohnerrat; Schriftliche Anfrage FDP; Fahrverbot Wylgasse/Friedweg; Beant-
wortung
13. Einwohnerrat; Schriftliche Anfrage; Die Mitte; Bildungskommission; Beantwor-
tung
14. Umfrage

Verhandlungen:

1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich begrüsse euch herzlich zur ersten Einwohnerratssitzung nach der Sommerpause. Ich hoffe, ihr hattet alle schöne Ferien, frisch gestärkt oder vielleicht auch schon wieder müde von den Arbeiten nach den Ferien. Wir haben heute ein reich bepacktes Programm. Ich behalte mir vor - falls es zu lange geht - das eine oder andere Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben. Wir haben folgende Entschuldigungen: Sigrid Schärer, Marcel Strebhel, Beate Ninow und Manuel Silva. Martin Killias wird ein bisschen später zu uns gelangen. Wir sind zurzeit 35 anwesende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte.

Das Protokoll der Sitzung vom 20. Juni 2024 wurde am 14. August 2024 online gestellt. Die Beschlüsse der Sitzung vom 20. Juni 2024, welche dem Referendum unterlagen, sind am 29. Juli 2024 in Rechtskraft erwachsen. Anwesende Auskunftspersonen sind alle Stadträte, Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen, Peter Baumli, Verwaltungsleiter und Christoph Hofstetter, Stadtschreiber. Wir haben seit der letzten Sitzung zwei Abgänge, nämlich Tim Güttinger und Heiner Cueni. Annette Sikyr haben wir das letzte Mal verabschieden können.

Dann kommen wir zu den Inpflichtnahmen.

2 Inpflichtnahmen Daniel Bär (SP), Manuel Egli (GLP), Sandro Werder (FDP)

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dazu bitte ich Daniel Bär, Manuel Egli und Sandro Werder nach vorne zu kommen. Ich bitte dazu alle aufzustehen. Beatrice Räber wird die Eidesformel vorlesen und ihr werdet es danach geloben.

Vizestadtschreiberin Beatrice Räber: Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Daniel Bär (SP), Manuel Egli (GLP) und Sandro Werder (FDP): Ich gelobe es.

3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Der Einwohnerrat beschliesst mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung, über alle Gesuche abzustimmen. Mit 29 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen beschliesst der Einwohnerrat, dass eine offene Abstimmung durchgeführt wird. Von der Einbürgerungskommission wird Dominique Guindo ein paar Worte an uns richten.

Modibo Dominique Guindo (GLP): Sehr geehrte Damen und Herren, die heute anwesend sind. Dieses Mal bin ich vorbereitet. Schweizer oder Schweizerin zu werden erfordert Verfahren. Es erfordert die Anwendung von Regeln und Gesetzen, welche in der Schweizer Verfassung verankert sind. Das Bundesgesetz sieht vor, dass das Bürgerrecht nur Personen erteilt wird, welche erfolgreich integriert sind, auch mit Akzent so wie bei mir. Man soll mit den Lebensverhältnissen hier vertraut sein und die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden. In jedem Individuum steckt ein Schatz. In jedem Menschen wohnt ein natürlicher Reichtum. Wenn diese im Zusammenspiel mit

einer Umgebung wie der Schweiz entwickelt werden, können wir gemeinsam das Land für die zukünftige Generation besser machen. Die Schweiz gibt uns gleichzeitig viel Freiheit und viel Verantwortung. Beides ist wertvoll, sodass wir gemeinsam die Verpflichtung haben, diese zu schützen. Unsere Freiheit endet dort, wo die Freiheit von anderen beginnt, das ist die goldene Regel. Wir können alles zum Guten wenden, wenn wir die damit verbundene Anstrengung aufbringen. Wir können aus unserem Leben machen, was wir wollen, aber wir müssen immer die anderen respektieren und Verantwortung übernehmen. Die Schweiz ist ein Land, welches seine Bürgerinnen und Bürger sehr gut integriert. Diese Integration ist nie abgeschlossen und nie fertig. Ebenso wenig wie die Pflichten und Verantwortlichkeiten im Rahmen des Möglichen. Diese Schweizer Werte des Zusammenlebens, der Freiheit und Verantwortung und der Solidarität sind vorbildlich.

Die Schweiz ist ein Land mit dem weltweit umfangreichsten Katalog an Ausbildungsmöglichkeiten. Wenn ein Kind aus Lenzburg am Ende seiner Ausbildung keine Lehrstelle findet, macht das unser Leben arm. Auch wenn es nicht um unser eigenes Kind geht, es geht um ein Kind aus Lenzburg. Viele von uns wissen nicht, welche Risiken und Opfer frühere Generationen gebracht haben. Wir sprechen sehr wenig über die Gründer der modernen Schweiz. Wir sprechen sehr wenig über den Kampf der Frauen für das Stimmrecht und die Gleichberechtigung. Wir dürfen nie vergessen, die Schweiz war arm und die Schweiz ist das Ergebnis einer intelligenten Kombination von Arbeit und Kapital. Ein Land ist nie für immer reich, wenn es sich auf seinen Errungenschaften ausruht. Wenn ein Angriff auf religiöse Symbole stattfindet, macht das das Leben intolerant. Die Interaktionen in Lenzburg hingegen sind echt. Hier eine Frage zum Mitnehmen, kümmern wir uns um die Schweiz wie sich die Schweiz um uns kümmert?

Im Namen der Einbürgerungskommission empfehlen wir alle Kandidaten am heutigen Abend zur Einbürgerung. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen nun zur Abstimmung. Dies bedeutet, dass ich die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller bitten muss, den Saal zu verlassen. Wir werden Sie nach den Abstimmungen wieder in den Saal holen, um die Resultate zu verkünden. Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats wird in offener Abstimmung das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

1. Sameer Patil, 1981, zusammen mit seiner Ehefrau Gayatri Ravandale, 1983 und den Kindern Nimisha, 2009, und Rihaan, 2018, alle Staatsangehörige von Indien
2. Goran Studen, 1983, Staatsangehöriger von den Niederlanden und Kroatien
3. Dennis Alberti, 1987, mit der Tochter Camelia Khan-Alberti, 2023, Staatsangehörige von Deutschland
4. Daria Stojanovic, 1991, Staatsangehörige von Bosnien und Herzegowina
5. Kai Schäfer, 1984, Staatsangehöriger von Deutschland

Wir haben nun also darüber abgestimmt und ich darf Ihnen allen herzlich gratulieren. Sie haben alle einstimmige Zustimmung erhalten. Herzliche Gratulation, ich wünsche Ihnen viel Erfolg hier in Lenzburg, seien Sie aktiv und vielleicht trifft man den einen oder die andere einmal hier im Einwohnerrat.

Sie dürfen gerne bleiben und weiter zuhören, falls es aber nicht geht, dürfen Sie auch gerne nach Hause gehen.

4 Kinderbetreuungsreglement; Anpassung in Bezug auf Einführung der Tagesschule per Schuljahr 2025/2026

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zum nächsten Traktandum; Kinderbetreuungsreglement; Anpassung in Bezug auf Einführung der Tagesschule per Schuljahr 2025/2026. Sprecherin der GPFK ist Ivanka Basic.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident und geschätzte Anwesende, die GPFK dankt der Verwaltung herzlich für die Vorlage und das Reglement. Wir sind mit dem Resultat zufrieden. Ich kann vorwegnehmen, es gab in der GPFK nicht viel zu diskutieren. Wir haben die Vorlage einstimmig angenommen. Nichtsdestotrotz hebe ich ein paar Punkte hervor.

Es ist ein wichtiger bedeutender Schritt zur Verbesserung der familiären Kinderbetreuung in Lenzburg mit dem Reglement und mit der Tagesschule. Es wird damit auch eine wichtige Lücke geschlossen. Die Eltern können flexibler wählen zwischen den verschiedenen Betreuungsangeboten und auch Subventionsbeiträge sind nach dem Einkommen der Eltern abgestuft. Das sorgt für eine faire und gerechte Lösung. Qualitätsstandards sind ebenfalls im Reglement festgelegt, was auch sehr wichtig ist. Die zuständige Stadträtin Barbara Portmann konnte uns Informationen über den Projektstand der Tagesschule geben. Obwohl der Zeitplan sehr ambitioniert ist, ist man auf einem guten Weg. Es fand bereits ein Infoanlass für das Personal des Vereins Erziehung und Bildung statt und dort scheint eine sehr konstruktive Zusammenarbeit zu bestehen. Das verdient somit auch unsere Anerkennung.

Die Besetzung der Stellen geht gut voran, man hat auch die Betriebsleitung angestellt. Es sind aber noch verschiedene Detailfragen offen, welche noch geklärt werden müssen. Einige Unsicherheiten gibt es noch, da die Planung grösstenteils auf Annahmen basiert und deshalb schwierig ist. Das heisst aber auch, dass man wahrscheinlich noch Anpassungen vornehmen muss und mit gewissen «Kinderkrankheiten» am Anfang rechnen muss. Es ist eine Informationsveranstaltung für die Eltern geplant. Das bewerten wir sehr positiv, weil das Transparenz und Einbindung der Betroffenen schafft. Es ist eine kleine Änderung vorgesehen, welche von Kolleginnen und Kollegen der FDP vorgestellt wird. Wir von der GPFK empfehlen dem Einwohnerrat, dieser Vorlage zuzustimmen und damit den Weg in eine moderne und bedarfsgerechte Kinderbetreuung zu ebnen. Die Fraktion der SP und der Grünen wird dieser Vorlage zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Corinne Horisberger (FDP): Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, werte Medienvertreter, liebe Gäste. Beim Beschluss über die Einführung der Tagesschule haben wir im Einwohnerrat dem Antrag zugestimmt, dass das Mittagsangebot der Tagesschule zum Tarif von maximal CHF 15 angeboten werden soll. Beim Aktenstudium der Vorlage des neuen Kinderbetreuungsreglements geht das nicht so präzise hervor. Darum stelle ich im Namen der Mehrheit von der FDP-Fraktion folgenden Änderungsvorschlag. Es betrifft den Paragraph 5 Absatz 3. Dieser soll neu wie folgt lauten: «Die Stadt kann mit den interessierten privaten Trägerschaften Vereinbarungen über den Zahlungsfluss der Subventionen für das Angebot des Mittagstischs für Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Lenzburg sowie über diesbezügliche administrative Prozesse, abschliessen». Die Begründung dazu ist, der Einwohnerrat hat mit Einführung der Tagesschule beschlossen, dass

der einkommensabhängige Höchsttarif von CHF 15 pro Mittagessen und Kind eine Objektfinanzierung sei. Mit der Anpassung des Paragraf 5 Absatz 3 wird geklärt, dass für die Objektfinanzierung und ausschliesslich für den Mittagstisch und das Mittagsangebot für Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Lenzburg eine Vereinbarung getroffen werden kann.

Zusätzlich wollen wir den Paragraf 7 Absatz 4 wie folgt abändern: «Der Stadtrat kann für die Umsetzung spezifischer Massnahmen oder für Angebote, welche der Zweckerreichung Paragraf 1 dienen, insbesondere dem Angebot des Mittagstischs für Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Lenzburg von der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten absehen». Die Begründung dazu ist, dass mit dem Paragraf 7 Absatz 4 der Stadtrat grundsätzlich die Ermächtigung hat im älteren Beitragsreglement unter gewissen Voraussetzungen der Berücksichtigung dieser wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abzusehen. Mit der Ergänzung wird dem Stadtrat klargemacht, dass der Einwohnerrat mit diesem Beschluss die Einführung der Tagesschule, das Angebot vom Mittagstisch für Schülerinnen und Schüler der Regionalschule subventionieren will. Ich danke euch für die Unterstützung dieses Änderungsantrags.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebes Publikum, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Das Schöne an unserer Partei ist, dass wir den Freisinn vorne anstellen, und deshalb komme ich mit einem Gegenvotum zu dem, was Corinne eben erzählt hat. Ich möchte festhalten, dass wir hier nicht ein Tagesschulreglement haben, sondern ein Betreuungsreglement der Stadt Lenzburg. Somit gilt das Reglement für alle Kinder und Familien mit Wohnsitz Lenzburg. Ich nehme zuerst Bezug auf die Vorlage 23/67 der Einwohnerratssitzung vom 14. September 2023 und dem dazugehörigen Protokoll. Unter Paragraf 7, Seite 10 wird ausgeführt, weshalb eine Subventionierung einkommensunabhängig gewünscht wird, resp. nach einem Antrag der Grünen Fraktion gedeckelt auf CHF 15 sein soll. Lenzburg will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern. Die Kinder sollen zu Hause nicht unbetreut bleiben und der Mittelstand soll entlastet werden. Bis zur Überführung des Mittagstischs, geführt durch den Verein VWB, dürfen Kinder unabhängig vom besuchten Institut den Mittagstisch in Anspruch nehmen. Die Beiträge sind definiert durch das Kinderbetreuungsreglement sowie das Elternbeitragsreglement, welches insbesondere die einkommensabhängigen Subventionen definiert. Weder die Vorlage 23/67 noch die protokollierten Wortmeldungen sehen eine Beschränkung vor für Kinder, welche die Regelschule besuchen. Plötzlich sind nicht alle Kinder, welche ein Betreuungsangebot in Lenzburg wahrnehmen integriert.

Es ist mir schon bewusst, dass wir im generellen über die Tagesschule gesprochen haben, aber noch einmal Paragraf 7, Seite 10 sieht im Wortlaut keine Beschränkung vor. Neu sollen wir jetzt eine Zweiklassengesellschaft führen. Kinder, welche die Regelschule besuchen mit Elternwohnsitz und Steuerpflicht in Lenzburg sollen anders behandelt werden als Kinder, welche eine Privatschule besuchen.

Das heute vorliegende Betreuungsreglement der Stadt Lenzburg sieht Folgendes vor. Paragraf 1 A: «Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit oder Ausbildung». B: «Die Verbesserung der gesellschaftlichen, insbesondere der sprachlichen Integration von Kindern und damit den Ausbau der Chancengleichheit». C: «Die Förderung der Standortattraktivität der Stadt als Wohn- und Arbeitsort». D: «Die Erhöhung der Steuereinnahmen und Senkung der Sozialausgaben und Sonderschulungsmassnahmen». E: «Die Erhöhung des Wirkungsgrads der Bildungsinvestition». Paragraf 2 führt aus, dass die Bestimmungen des Reglements für alle Kinder mit Wohnsitz in Lenzburg gelten und Paragraf 7 Absatz 2, die Stadt beteiligt sich unabhängig vom Betreuungsort an den Kosten.

Noch einmal, wie gesagt am 14. September 2023 hat weder die Vorlage eine Beschränkung noch haben Wortmeldungen der Parteien eine Beschränkung vorgesehen und auch das alte Betreuungsreglement kam ohne Beschränkungen daher. Dies soll die GPFK jetzt einstimmig einfach so hineinschreiben?

Meine Damen und Herren, wir haben in Lenzburg drei Privatschulen, Rudolf-Steiner-Schule, Kairos und Montessori. Die Eltern von diesen Kindern, welche diese Schulen besuchen, sind auch Steuerzahler in Lenzburg. Zumindest diejenigen, welche in Lenzburg Wohnsitz haben. Auch diese Kinder sind ein Teil unserer Zukunft. Wenn wir nun den Paragraf 1 lesen haben auch diese Eltern Anrecht auf Subventionen. Diese Eltern entlasten nicht nur unser Schulsystem, sondern auch unsere hausgemachten Kapazitätsengpässe bei den Schulräumen und unser Budget. Genau diese Familien sollen wir jetzt wieder ausschliessen? Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen, die ursprüngliche Fassung sein zu lassen, denn diese sieht keine Beschränkung vor. Vielen Dank.

Corin Ballhaus (SVP): Eine kurze Korrektur zu deiner Aussage Christoph. Die GPFK hat der Vorlage zugestimmt. Der Änderungsantrag ist uns nicht vorgelegen und wir haben nicht über diesen abgestimmt.

Stadträtin Barbara Portmann: Besten Dank für den Antrag und auch die kritische Reaktion darauf. Es ist effektiv so, man kann das Abwägen. Es ist beides möglich. Wir hatten im Stadtrat die Meinung, dass man es auf die Regionalschule beschränken kann, wir haben dies im Reglement aber nicht explizit so aufgeführt. Deswegen wären wir einverstanden mit dem Änderungsantrag. Man kann aber sehr wohl auch die Haltung haben, dass dies alle Kinder betreffen soll. Wie ich im Kopf habe, sind es in der Montessori Schule rund 30 Kinder, welche das betrifft, in der Kairos sind es nicht so viele und diejenigen aus der Rudolf Steiner Sonderschule sind im Reglement nicht abgedeckt. Die Finanzierung der Rudolf-Steiner-Schule in Schafisheim läuft mit einem anderen Setting. Insofern ist beides möglich. Wenn sie dem Änderungsantrag zustimmen, wird es vermutlich leicht günstiger aber wie gesagt, es ist beides möglich.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann stimmen wir über den Änderungsantrag ab.

Abstimmung Änderungsantrag

Der Änderungsantrag wird mit 20 Nein-Stimmen zu 13 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

5 Aufgaben- und Finanzplanung Einwohnergemeinde 2025 - 2029

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, werte Mitglieder von beiden Räten, liebe Medienschaffende und Gäste. Vor einem Jahr hat Francis Kuhlen damals GPFK-Präsident an dieser Stelle die Reihenfolge der Traktanden gelobt, dass nämlich der Aufgaben- und Finanzplan vor dem Budget zur Kenntnis genommen wird. So wird klargemacht, was hier finanziell noch alles auf Lenzburg zukommen wird. Sicherlich eine gute Vorbereitung auf die Budgetdebatte, damals seine Aussage, und sicherlich auch in diesem Jahr wieder eindrücklich, welche Zahlen wir in dieser AFP präsentiert

erhalten. Ganz kurz: Der Investitionsplan umfasst im Planungszeitraum 2025 bis 2029 ein Nettoinvestitionsvolumen von knapp CHF 70 Millionen. Das sind etwa CHF 10 Millionen mehr als das Investitionsvolumen des letzten Aufgaben- und Finanzplans. Von diesem Nettoinvestitionsvolumen sind rund CHF 9 Millionen bereits bewilligt worden. Am Ende dieser Planungsperiode, also 2029, steigt die Nettoschuld 1 auf aktuell knapp CHF 40 Millionen.

Das sind eindrückliche Zahlen und mit Erreichen des Planungshorizonts sind diese teils auch sehr grossen Investitionen gar noch nicht abgeschlossen. Es kommt noch einiges auf uns zu. Wann aber was auf uns zu kommt steuern der Stadtrat und die Verwaltung. Wir im Einwohnerrat haben aber Einfluss darauf. Dies zeigt bereits Unsicherheiten auf bezüglich wann und wie teuer das wird. Viele der grossen Projekte beinhalten auch Dritte, welche ebenfalls Einfluss auf die Planung und die Kosten haben. Allen voran ist das der Kanton, von dessen Planung vieles abhängt und einiges in diesem APF ungewiss macht. So zeigt sich zum Beispiel bei einem kurzen Vergleich der Aufgabenfinanzplanung 2024 bis 2028 und dem jetzt vorliegenden 2025 bis 2029, dass die Nettoschuld 1 pro Einwohner in den Jahren 2026 bis 2028 deutlich weniger zunimmt, eben weil die AFP ein Planungsinstrument ist und sich die Planung verändert. Nichtsdestotrotz, die grossen Investitionen kommen, allenfalls einfach ein bisschen später. In der GPFK haben wir neben diesem Grundsatz diverse Punkte thematisiert. Zum Beispiel die Gefahr eines strukturellen Defizits. Dass bei den betrieblichen Tätigkeiten ein Defizit resultiert, aber eigentlich ein ausgeglichenes Resultat anzustreben ist. Unbehagen wurde geäussert, dass die Anzahl Stellen teils stark zunimmt oder zugenommen hat. Es muss dabei aber unbedingt berücksichtigt werden, welche Stellen regional tätig sind und unser Budget nur teilweise oder sogar gar nicht belastet. Stichwort dazu für den heutigen Abend, RIF.

Seitens Stadtrats wurde bezüglich Kostenentwicklung darauf hingewiesen, dass mit dem Projekt «Verbesserung Finanzhaushalt der Stadt Lenzburg» zusammen mit allen Budgetverantwortlichen darauf reagiert wurde und mittels regelmässigem Controlling die Entwicklung auch unter dem Jahr im Blick bleibt. Als GPFK haben wir regelmässig Einblick in dieses Controlling und können uns auch dazu äussern. Das scheint uns ein gutes, wertvolles Instrument und wir schätzen die Möglichkeit, Einblick erhalten zu können. Wichtig auch der Hinweis an der GPFK-Sitzung seitens Finanzverwaltung, dass die Ergebnisse aus Finanzierung über die letzten Jahre stabil gewesen sind. Bisher hat auch kein spürbarer Leistungsabbau stattgefunden und solange das Budget ausgeglichen ist, besteht auch kein strukturelles Defizit. Dies ist aber vor allem eine Momentaufnahme. Wie die Budgets aussehen, wenn die wirklich grossen Investitionen anstehen, wird sich zeigen. Um nicht allzu lange zu werden, der Stadtrat hat unserer Meinung nach die heikle Situation im Blick. Viele auch sehr grosse Ausgabenposten sind indiskutabel, das ist auch klar. Beispielsweise Schulraum, Bahnhof, diverse grössere kantonale Strassenprojekte etc. Erfreulich ist aber, dass der Stadtrat weiterhin das Ziel verfolgt, ein positives Gesamtergebnis sowie eine Selbstfinanzierung von mindestens CHF 5 Millionen zu erreichen. Wie lange das aber gelingt, dazu ein paar Gedanken, wenn wir später über das Budget sprechen. Doch ist auch jetzt bei diesem Traktandum noch zu erwähnen, dass die Aufgaben und Finanzplanung ein wertvolles Instrument für den Stadtrat, die GPFK, den Einwohnerrat, die Verwaltung und allenfalls auch für die Bevölkerung ist. Wäre es doch zu begrüessen, wenn die eine oder der andere sich dafür interessieren würde und mal einen Blick in die Planung wirft, und so erfährt, was da noch alles Grosses auf Lenzburg zukommt. Sowohl finanziell als Verpflichtung, aber eben auch als Leistung und Wert, welche von der Stadt und von der Bevölkerung geschaffen wird. Die GPFK nimmt darum die Aufgaben und Finanzplanung zur Kenntnis, bei einigen Punkten mit Besorgnis beziehungsweise mit einem klaren Auftrag an den Stadtrat, die Entwicklung sorgfältig im Blick zu halten und wo nötig Schritte einzuleiten. Ich kann von Seiten SP und Grünen a kurz anschliessen:

Auch wir haben die Aufgaben- und Finanzplanung mit den vorher erwähnten Punkten diskutiert. Wir wollen aber vor allem von unseren Fraktionen auch Wertschätzung für die Planung, für den Einblick in den Planungshorizont und dass man mit den meisten Geschäften die Lenzburger Infrastruktur sinnvoll erhält und ausbaut, aussprechen. Wobei bezüglich Ausbaus und Erhaltung gerade bezüglich Strassen, bei uns schon die Diskussion aufgekommen, ob nicht allenfalls das ein Punkt wäre, welchen man ein bisschen hinterfragen müsste. Auf keinen Fall wollen wir die Infrastruktur von Lenzburg verlottern lassen. Vielleicht wäre es aber durchaus zu überlegen, ob die zeitliche Planung für die Sanierungen des Strassenunterhalts ein bisschen angepasst werden könnte. Die nötigen Investitionen sollen nach wie vor unbedingt gemacht, allenfalls aber über einen weiteren Zeitraum umgesetzt werden. So liessen sich die Kosten ein bisschen Strecken und die Rechnung – gerade in den intensiven Jahren mit grossen Projekten – ein bisschen entlasten. Gerne geben wir den Gedanken mit. Wir würden uns freuen, wenn der erwähnte Infoanlass zum Unterhalt der Strassen zeitnah durchgeführt werden könnte. Der ist uns hier schon versprochen worden und wir haben dies in der GPFK erneut thematisiert. In diesem Rahmen müsste es dann möglich sein, den erwähnten Input von vorher aufzunehmen und zu diskutieren. Ganz wichtig, nicht als «gegen die Strassen verstanden», sondern als «für die städtischen Finanzen».

So bedanken sich die Grünen und die SP für den interessanten Aufgaben und Finanzplan, die sorgfältige Arbeit, welche da seitens Stadtrats und Verwaltung gemacht wurde. Wir verstehen und schätzen die AFP als rollendes Planungsinstrument. Unbehagen zur finanziellen Entwicklung ist angebracht, hat auch der Vorredner erwähnt, aber eben die Planung kann und wird sich auch ändern und diese Zahlen sind keinesfalls in Steine gemeisselt. Besten Dank.

Der Einwohnerrat nimmt die Aufgaben- und Finanzplanung zur Kenntnis.

6 Budget Einwohnergemeinde EG 2025

Stadträtin Beatrice Taubert: Ich habe eine kleine Korrektur anzumerken bevor wir mit der Debatte beginnen. Wir haben gestern festgestellt, dass sich beim Stellenantrag bei der Schulsozialarbeit ein Fehler eingeschlichen hat. Es handelt sich um die Zusammenstellung dieser Pensen. Dies hat zwar keine Auswirkung auf das Budget, der Stellenantrag bleibt bei 90 % und auch die Erläuterungen sind richtig. Nur die Zusammenstellung ist falsch. Wir werden das noch anpassen und dem Budget so beilegen. Aber wie gesagt es hat keine Auswirkung auf das Budget. Die Aufschlüsselung dieser regionalen Stellen ist nicht ganz einfach, weswegen es zu diesem Fehler kam. Aber jetzt haben wir den Durchblick wieder. Danke für die Kenntnisnahme.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Herr Präsident, werte Mitglieder beider Räte, liebe Medienschaffende und Gäste, wir würdigen nun das Budget. Das vorliegende Budget ist mal wieder fast eine Punktlandung. Mit einem Ertragsüberschuss von CHF 265'000 bei einem budgetierten Umsatz der Erfolgsrechnung, ohne Spezialfinanzierung, von rund CHF 75 Millionen. Auch das zweite finanzpolitisch angestrebte Ziel, eine Selbstfinanzierung von CHF 5 Millionen wird erreicht. So weit so gut also, ja und nein. Sicherlich gilt es vorab anzuerkennen, dass ein positives Budget vorliegt, obwohl der Stadtrat mit einem Defizit von über CHF 6 Millionen in die Budgetberatung gestartet ist. Grössere Summen konnten da in einer ersten Runde noch gut gestrichen werden. Das haben wir so erfahren, und ist auch nachvollziehbar. Die Feinabstimmung über einzelne CHF 10 oder auch CHF 1'000 dagegen, war sicher Knochenarbeit. Mit vielen Diskussionen, Kompromissen und Kompromissbereitschaft. Das wird von der GPFK wohlwollend gewürdigt.

Andererseits, das ist im Dokument klar festgehalten, und das habt ihr sicher in den Fraktionen besprochen, wie auch in der GPFK, sind CHF 300'000 als nicht ausgeschöpfter Personalaufwand, also als Ertrag, budgetiert worden. Das gab bei uns in der GPFK einiges zu diskutieren. Grundsätzlich stellte sich die Frage, ist das überhaupt üblich oder legal. Ja, das ist es, nach Rücksprache mit dem Kanton.

Damit ist nämlich die Luft raus, Zitat. Das heisst aber auch der Stadtrat hat weniger Spielraum und eventuell führt das in der Rechnung dann doch zu einem Defizit.

Andererseits muss man aber auch anerkennen, dass so Transparenz geschaffen und verbessert wird. Das Budget ist so vermutlich ehrlicher und somit auch näher an der Rechnung. Beide Einschätzungen wurden in der GPFK geäussert. Auch wichtig, es ist nur die Hälfte des Budgetpostens als Minusaufwand budgetiert. Die andere Hälfte ist als Spielraum noch enthalten. Somit wurde also nicht alle Luft abgelassen. Es ist einfach weniger drin in diesem Budget und gemäss Aussage Finanzen gibt es auch andere Budgetposten, welche noch Spielraum ermöglichen. So werden zum Beispiel keine Einnahmen durch Krankentaggelder budgetiert, obwohl wir jetzt im aktuellen Jahr bisher auch schon CHF 150'000 erhalten haben. In der GPFK wurden auch noch einige weitere Punkte thematisiert, welche auf dem Weg vom Budgetprozess weggelassen wurden oder weggelassen werden mussten. Der Stadtrat hat uns das Vorgehen geschildert, welches dieses Mal leicht anders verlief. Es wurde bei den Budgeteingaben mit Prioritäten von 1 bis 3 gearbeitet und zudem auf einen allfälligen Zusammenhang mit den Legislaturzielen des Stadtrats abgestimmt. Danach wurden gemeinsame Entscheidungen und Streichungen vorgenommen, sodass am Schluss eigentlich fast nur noch Prioritäten 1 als Anträge im Budget verblieben sind. So wird eben ein Ertragsüberschuss ermöglicht oder ein Defizit verhindert.

Anhand von einigen Beispielen konnten wir nachvollziehen, was den Weg ins Budget eben nicht geschafft hat. Zum Beispiel eine Software für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung im Kibeg-Prozess und das ist eigentlich etwas, was wir hier im Einwohnerrat auch immer wieder gefordert haben, mehr Digitalisierung. Auch die Umgestaltung von Plätzen, wie wir sie da im Einwohnerrat zum Beispiel mit dem Kronenplatz für alle angestossen haben. Auch eine Stelle für eine zentrale Beschaffung, welche sicher helfen würde deutlich Kosten zu sparen, aber es eben zuerst eine Investition braucht. Die Streichungen sind schmerzlich. In der GPFK-Detailberatung sind wir dann auf diverse Punkte eingegangen. Ich picke einfach ein paar heraus, um so ein bisschen die Bandbreite zu zeigen. Einerseits ist es schade, dass keine Jungbürgerfeier mehr stattfindet. Für einige Lenzburgerinnen und Lenzburger war das sicher ein erster Kontakt mit unserem direktdemokratischen System. Darum wäre es schön, wenn man das weiterführen könnte. Gemäss Aussagen des Stadtrats sind die Jungbürgerfeiern vorerst aber einmal auf Eis gelegt. Wir hoffen jedoch, dass es wieder eine gute Lösung gibt. Unter anderem auch, weil das eigentlich finanziell gar kein grosser Budgetposten gewesen ist. Im Gegensatz zur neuen eigenen Webseite für die Regionalpolizei. Der stolze Betrag von rund CHF 23'000 ist einigen aus der GPFK aufgefallen. Wir hoffen jetzt einfach auf eine gute Lösung, welche vor allem auch mit sinnvollen Online-Funktionen vielleicht wiederum hilft, Aufwand und Kosten zu sparen. Ein wiederkehrendes Thema waren die Energiekosten. Diese werden im Budget mehrmals angesprochen. In der Regel so, dass sie auf dem Niveau von 2023 bleiben sollen oder gar steigen könnten. Angesichts der Medienmitteilung, dass die Energiekosten im kommenden Jahr sinken sollen, mutet das ein bisschen merkwürdig an. Gemäss Stadtrat ist das eine Empfehlung der SWL mit den Preisen von 2024 zu rechnen, welche eben höher sind als diejenigen im Jahr 2023. Wir hoffen aber doch auf eine andere Entwicklung und dass die Abrechnung dann positiver ausfällt. Das ist sowieso ein schwieriges Thema. Führen die höheren Energiekosten für die Stadt auch zu einer

höheren Dividendenausschüttung seitens SWL und macht das Sinn? Ausgiebig diskutiert haben wir auch über das Konto 5450 Leistungen an Familien und 3636 Beiträge an private Organisationen. Dazu folgt vermutlich noch ein Änderungsantrag. Wir haben im Rahmen der GPFK einiges im Grundsatz klären können. Änderungsanträge selbst, werden in der GPFK in der Regel nicht behandelt. Mal schauen, wie später die Diskussion läuft bei dem Antrag auch unter dem Aspekt der Ausführungen, welche wir in der GPFK vom Stadtrat erhalten und erfahren haben, wie das bereits beschlossene Vorgehen ist. Es soll nämlich eine Studie erarbeitet werden, welche die Gesamtsituation der frühkindlichen Förderung in Lenzburg prüft. Das schafft unserer Meinung nach eine gute Grundlage, auf welcher man eine vernünftige Entscheidung treffen kann. Ich werde jetzt da nicht mehr länger, soll doch die heutige Einwohnerratssitzung kürzer ausfallen als unsere ausgiebige GPFK-Sitzung. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch geäußert, dass für die Budgetsitzung nur das Budget auf der Traktandenliste stehen soll. Zumindest nicht noch weitere grosse Geschäfte wie am heutigen Abend. Der Wunsch wurde aufgenommen und wir hoffen auf entsprechende Sitzungsplanung im nächsten Jahr.

Schlussendlich seitens der GPFK ein grosser Dank für das ausgeglichene Budget, vor allem aber für die grosse Arbeit bei der Erarbeitung. Die meist sehr hilfreichen Erklärungen, die Offenheit an der GPFK-Sitzung und der vertiefte Einblick anhand der Beispiele und konkreten Punkte. Die Diskussion in der GPFK ist teils intensiv gewesen und ging tief ins Detail. Sicher nicht immer einfach, von unserer Seite aber sehr geschätzt. Danke dafür. Vielen Dank auch an alle, welche bei der Erarbeitung des Budgets beteiligt waren mit ihrer engagierten Arbeit das Jahr durch, so dass wir dann auch eine ebenso gute oder vielleicht sogar bessere Abrechnung erhalten. Zu guter Letzt: Die GPFK empfiehlt das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2025 zu genehmigen und den Steuerfuss wie bisher auf 105 Prozent zu belassen, dies bei sechs befürwortenden Stimmen und drei Enthaltungen. Besten Dank.

Francis Kuhlen (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Vertreter der Medien liebe Gäste. Der Stadtrat präsentiert uns ein ausgeglichenes Budget. Das ist grundsätzlich erfreulich. An der Informationsveranstaltung erklärt der Stadtrat, dass das ausgeglichene Budget in einem wohl intensiven Prozess entstanden ist. Ein ursprüngliches Defizit von CHF 6,2 Millionen ist verhältnismässig gut in eine positive Null umgewandelt worden. Dazu gebührt sicher den Abteilungsleitenden der Stadtverwaltung, dem Finanzverwalter und dem Stadtrat mit Stadtschreiber und Verwaltungsleiter einen ganz herzlichen Dank. Nun konkret zum Budget 2025. Wie ich zum Finanzplan schon in früheren Jahren erwähnt habe, macht mir insbesondere das stetig wachsende Defizit des Ergebnisses aus betrieblicher Tätigkeit grosse Sorgen. Die für die Zukunft notwendigen Investitionen in Schulraum und für das Bahnhof Areal - um nur ein paar zu nennen - werden Abschreibungen erzeugen, die dieses Ergebnis kaum besser machen werden. Auch wenn es eine grosse Herausforderung ist, sollte eine Abnahme dieses Defizits der Fokus sein. Auch grosse Sorgen macht das Wachstum der Personalstellen. Am Ende des Jahres 2020 hatte Lenzburg 144 Planstellen, wovon effektiv 139 besetzt waren. Für das Jahr 2025 plant der Stadtrat 170,51 Planstellen. In einem Versuch zur Rechtfertigung wird dann auf das Bevölkerungswachstum verwiesen. Ende 2020 hatte Lenzburg 11'022 Einwohnerinnen und Einwohner. Ende letzten Jahrs waren es 11'104 oder ein Plus von 82 Einwohnerinnen und Einwohner oder eine Zunahme um weniger als 1 %. Faktisch ist die Bevölkerung in Lenzburg in den letzten vier Jahren kaum mehr gewachsen. Mit den neu beantragten Stellen wächst der Personalbestand gegenüber 2020, also über fünf Jahre um mehr als 18 %. In einem Jahr erfolgt einen Zuwachs von 4,3 %.

Eine andere Rechtfertigung ist die quantitative Zunahme der Aufgaben und die zunehmende Komplexität der Geschäfte. Das kann man als Argument durchaus akzeptieren. Nur wird uns zur Lösung dieses Problems die Digitalisierung vorgestellt. Entsprechende Stellen haben wir bereits bewilligt. Interessant wäre ein Ausweis, ob in den letzten Jahren auch die Produktivität zugenommen hat. Das Wachstum der Stellen macht mir deshalb grosse Sorgen, weil ich bei anderen Institutionen ähnlicher Grössenordnung, hautnah erfahren habe, wie als Folge ein ernsthaftes strukturelles Defizit entstanden ist. Personalkosten sind Fixkosten. Folglich ist das Wegsanieren eines solch strukturellen Defizits sehr schmerzhaft. Die Tatsache, dass im vorgelegten Budget die Lohnkosten nicht mehr alle bewilligten (und momentan noch beantragten) Stellen abdeckt und damit Reserve weggenommen wurde, macht die Zuversicht für die Zukunft nicht grösser. Das nicht mehr vorhandene Wachstum der Bevölkerung dämpft auch die Hoffnung auf den Zuzug von vielen steuerkräftigen Neuzuzüglern. Die neue BNO, wovon wir hoffen, dass sie demnächst in Kraft tritt, sieht zwar sehr interessante Entwicklungsgebiete vor. Bis diese aber entwickelt und bebaut sind, dürfte es noch eine Weile dauern. In und um die Altstadt ist die Bau- und Umbautätigkeit wegen teilweise fragwürdigen Einwendungen zum Stillstand gekommen.

Lobenswert ist, dass die zusätzlich beantragten Stellen alle mit einem entsprechenden Stellenbeschrieb dokumentiert sind. Weniger erfreulich ist, dass unsere Empfehlung, keine Stellen mehr unter 60 % zu kreieren nicht eingehalten wurde. Bei einer entsprechenden Bemerkung in der GPFK bekamen wir dann den Hinweis, dass Stellen von 80 % und 40 % für den Fachbereich Gesellschaft aufgrund der Auswahl aus den Bewerbungen mit 70 % und 50 % besetzt werden. Wohl gemerkt: die Stellen müssen jetzt von uns noch zuerst bewilligt werden.

Zuversichtlich stimmt mich die Tatsache – und das haben wir bereits hier erwähnt – dass der Stadtrat ein Controlling eingeführt hat und damit über ein Dashboard verfügt, womit er doch einigermassen aktuell die finanzielle Entwicklung fürs laufende Jahr überwachen und allenfalls Sofortmassnahmen einleiten kann. Die FPD-Fraktion wird auf das Budget – trotz grosser Sorge – eintreten. Vielen Dank.

Michael Häusermann (SVP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und Einwohnerrats, geschätzte Medienschaffende, liebe Männer und Frauen hier im Saal. Im Hinblick auf die inhaltlich völlig überladene Sitzung von heute Abend und dem daraus resultierenden Protokoll fasse ich mich etwas kürzer als auch schon zum Budget. Einmal mehr hat die SVP-Fraktion viel Zeit investiert, um das Budget zu beraten. Die Aussicht, dass die Stadt Lenzburg auf einen Schuldenberg von über CHF 25 Millionen hinsteuert, lässt es aus unserer Sicht nicht zu, dass das Budget nur mit schönen Worten begleitet und am Schluss abgewunken wird. Ein negatives Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von CHF 3,48 Millionen, höhere Restkosten für ambulante und stationäre Krankenpflege, höhere Personalkosten durch neugeschaffene Stellen, eine SWL-Dividende von voraussichtlich CHF 1,5 Millionen das sehen wir kritisch, weil das auch wieder grösstenteils die Haushalte von Lenzburg bezahlen. Nur so kommt man zu einem positiven Ergebnis von CHF 265'000. Man kommt nur auf ein positives Ergebnis, weil man einen Finanztrick macht. Das sind keine schönen Aussichten. Gerade dieser Finanztrick, bei dem man nicht ausgeschöpften Personalaufwand als Ertrag verbucht zeigt, dass wir uns in eine gefährliche finanzielle Lage manövriert haben. Wir von der SVP beurteilen dies schlecht. Dieser Finanztrick mag rechtlich erlaubt sein, aber wir finden es kratzt an der Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger. Wir sehen positiv, dass das Budget auf einem unveränderten Steuerfuss basiert. Wir sehen es auch positiv, wenn wir die CHF 5 Millionen Selbstfinanzierungsgrad erreichen können, und wir finden es löblich, wenn wir lesen, dass der

Stadtrat in seiner Botschaft auf der Seite eins schreibt, dass ich zitiere: «Zur Erreichung seiner finanzpolitischen Ziele die bisherigen Aufgaben hinsichtlich Aufwände und Erträge geprüft werden müssen». Weiter schreibt der Stadtrat auf der Seite eins, dass es Zitat «Unumgänglich ist, dass das bisherige Dienstleistungsangebot laufend auf Verbesserungen, Optimierungen und Verzicht zu prüfen und insbesondere der Haushaltsgrundsatz Sparsamkeit/Dringlichkeit zu beachten sei». Lieber Stadtrat, wenn wir das Budget 2025 studieren und vor allem wieder einmal mehr die Stellenbegehren anschauen, so sind die vorher erwähnten Worte für uns eben nur schöne Worte und keine Taten. Für uns reicht es nicht zu prüfen. Wir vermissen Handlungen und vor allem vermissen wir Erklärungen. Wir lesen nirgends im 142-seitigen Budget, worauf der Stadtrat verzichten will und worauf er verzichtet hat, damit die Finanzen ins Lot kommen. Aber in diesen 142 Seiten sehen wir deutlich, dass der Personalbestand ausgebaut werden soll und die Schulden steigen. Es wäre für uns wünschenswert, wenn der Stadtrat seine Sparsamkeit erklären würde. Wenn wir bei diesen Stellen sind, so muss ich jetzt einfach kurz eine Klammer öffnen. Die Art und Weise, wie der Stadtrat uns den Stellenplan, die Stellenbeantragung und den Stellenbeschrieb unterbreitet ist freundlich ausgedrückt nicht anwenderfreundlich. Man könnte auch sagen, es ist unterirdisch. Wenn Sie in der Einleitung auf Seite sieben, in der Mitte und bei den Erläuterungen, auf Seite 30 unten lesen, dass «Bei der Abteilung Soziale Dienste vorgesehen ist, den Stellenetat um 140 Stellenprozente, auf neu 1980 Stellenprozente zu erhöhen», dann gehe ich in den 142 Seiten nach hinten zu den Erläuterungen und dann habe ich auf Seite 48, wo sich die Erläuterungen befinden, unter dem Titel Soziale Dienste, nirgends die Zahl von diesen 140 Stellenprozenten. Auf verschiedenen Seiten sind verschiedene Stellenprozente angegeben. Das sind aber deutlich mehr als diese genannten 140 Stellenprozente. Da muss ich selbst schauen und überlegen, wie das gemeint sein könnte. Wir haben heute Abend gehört, wie viel Übersicht bei diesen Stellen vorhanden ist. Ich nehme jetzt einfach im Budget, die Seite 55. Soziale Dienste, Stellenerhöhung Fachbereich Gesellschaft. Es ist mir neu, dass wir die Gesellschaft bei den Sozialen Diensten haben, aber es geht um 20 %. Wir haben da Funktionen 2193, 5440, 5452, 5791 und 5450 und wo sind jetzt diese 20 %? Da hat doch niemand eine Übersicht. Weshalb haben wir plötzlich eine Stelle Fachbereichsleiter Gesellschaft, wo wir diese im letzten Jahr hier im Einwohnerrat abgelehnt haben? Akzeptiert der Stadtrat so den Willen des Einwohnerrats? Ich sage nur besten Dank den fünf Stadträten für die vertrauenswürdige Zusammenarbeit. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, ich bin mir sicher, dass in der ganzen Stadtverwaltung von Lenzburg, inklusive des Stadtrats, dem Einwohnerrat und den Kommissionen, es keine vier Personen gibt, welche den kompletten Überblick haben, über alle Abteilungen selbstverständlich, über unsere Stellen, ohne dass man nachfragen müsste. Es ist ein Durcheinander im Universum des Stellenetats. Man hat keine Übersicht, wer in welchen Bereichen was für wen macht und das finden wir bedenklich.

Ich komme zurück zum Budget. Die SVP-Fraktion ist mit dem Budget wie es daherkommt nicht zufrieden. Wir sehen an diversen Stellen die Möglichkeit zu sparen, ohne dass es aus unserer Sicht schmerzt. Deswegen werden wir in der Detailberatung beim einen oder anderen Konto Antrag auf Sparsamkeit stellen. Es wäre toll, wenn wir nicht ganz allein wären. Es ist nicht unser Geld, es ist der Steuerfranken und wir wären froh, wenn andere Fraktionen da auch mithelfen würden. Unser Fazit zum Budget heisst kurz und bündig «Begeisterung sieht anders aus». Wir treten aufs Budget ein und hören wieder voneinander. Danke.

Chantal Toker (GLP): Liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten. Vielen Dank für das sorgfältige Erstellen von diesem Budget. Wir begrüssen, dass es jetzt das erste Mal mit der Software Abacus erstellt wurde und wir begrüssen auch das Vorgehen mit diesen Priorisierungsstufen 1 bis 3, um

möglichst beim zwingend Notwendigen zu bleiben. Das Gesamtergebnis ist knapp positiv. Das Betriebsergebnis sieht mit Minus CHF 3,2 Millionen nicht wirklich gut aus. Noch einmal einen Tick schlechter als im letzten Jahr. Es ist vermerkt, wie schon gesagt wurde, dass der Stadtrat bestrebt ist, das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit laufend auf Verbesserungen zu prüfen. Das Projekt «Verbesserung Finanzhaushalt Stadt Lenzburg» wird darum von uns sehr begrüsst und es ist auch zwingend notwendig.

Das Investitionsvolumen ist noch einmal um CHF 10 Millionen angewachsen auf knapp CHF 70 Millionen. Der Selbstfinanzierungsgrad ist sehr niedrig und spätestens ab 2028 besorgniserregend. Das Anstreben einer Selbstfinanzierung von CHF 5 Millionen ist sicher schon einmal ein gutes Minimalziel mit Betonung auf minimal. Da die steuerlichen Mehreinnahmen, welche man erwartet, sicher nicht ausreichen werden, um die Mehrausgaben zu decken und die nicht beeinflussbaren Ausgaben auch immer weiter ansteigen, muss man schon darüber nachdenken, wie dann Mehreinnahmen generiert werden können. Wie ich bereits im letzten Jahr hier erwähnt habe, müsste man aus unserer Sicht mehr Anreize schaffen, um Gewerbe nach Lenzburg zu holen. Die Steuereinnahmen von nur CHF 3 Millionen von nicht privaten juristischen Personen sind in Lenzburg schon tief.

Bezüglich der personellen Verstärkung sehen wir die Notwendigkeit. Wir schauen mal, was für Anträge kommen werden, aber grundsätzlich werden wir diesem Stellenetat zustimmen. Wir haben aber auch diskutiert und wir sehen es, dass der Stellenetat eigentlich immer überproportional zum Wachstum der Stadt anwächst, und da hoffen wir einmal auf eine Stagnation oder sogar Rückgang als Folge von Effizienzsteigerung. Mit dem Beibehalt vom Steuerfuss von 105 % sind wir einverstanden und die GLP-Fraktion wird dem Antragsbudget zustimmen.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Personen in diesem Saal, ich möchte mich im Namen der SP für das erstellte Budget bedanken. Thomas hat es erwähnt, es war Knochenarbeit das zu erstellen und nicht ganz einfach ein ausgeglichenes Budget zu erhalten. Es zeigt aber auch, dass die Stadt momentan trotz steigenden Ausgaben finanziell stabil ist, dies trotz unsicherer Zukunft. Es ist eine Binsenwahrheit, dass einerseits die finanzielle Stabilität der Zukunft gesichert und andererseits die Infrastruktur, Dienstleistungen der Stadt und die Lebensqualität der Lenzburgerinnen und Lenzburger berücksichtigt werden muss. Das ist keine einfache Aufgabe. Vieles was ich mir aufgeschrieben habe, ist bereits erwähnt worden. Das Gesamtergebnis ist positiv, der Steuerfuss bleibt gleich auch die Buchhaltungssoftware finden wir super, weil es effizienter ist und ein zeitgemässes Tool, welches vielleicht auch den Budgetprozess besser macht. Die Dividende der SWL wurde auch schon erwähnt, auch das haben wir in unserer Fraktion diskutiert. Diese Dividende wird durch die Lenzburgerinnen und Lenzburger über die Energiekosten finanziert. Weniger erfreulich ist das Betriebsergebnis im Vergleich zum letzten Jahr. Auch die Zunahmen von gebundenen Ausgaben sind erwähnt worden. Da möchte ich allen einmal sagen, dass die gebundenen Kosten wie Pflegekosten und Restkosten Sonderschulung, Heime und Werkstätte auch etwas wert sind. Es ist doch wertvoll, dass wir gut gepflegt werden, wenn wir krank sind oder dass wir die Sicherheit haben, dass wir in Zukunft gut gepflegt werden. Ich appelliere auch an die Medien, man könnte mal etwas positives über die Gesundheitskosten schreiben, nicht nur negatives. Es wurde auch erwähnt, der Stadtrat hat sich getraut die Lohnkosten zu reduzieren. Man soll das kritisch hinterfragen, es birgt auch ein gewisses Risiko. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Jungbürgerfeier gestrichen wurde, möchten aber anregen, Alternativen zu prüfen damit das nicht ganz stirbt.

Ich erwähne gerne, dass die SP-Fraktion die Bemühungen für ein ausgeglichenes Budget sehr anerkennt und wir uns weiterhin für eine nachhaltige und sozialgerechte Finanzpolitik einsetzen werden.

Wir werden somit diesem Budget einstimmig zustimmen. Ich möchte dem Kollegen Michael noch etwas sagen in Bezug auf die Stellen bei den Sozialen Diensten, explizit auf diese Stelle, die du erwähnt hast im Fachbereich Gesellschaft. Das ist nicht dasselbe wie Fachstelle Gesellschaft. Es ist eine Stelle, die sich für Prävention einsetzt und ich bin überzeugt man hat gespart, wenn man in Prävention investiert. Danke für die Aufmerksamkeit.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, werte Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Kollegen aus dem Einwohnerrat, liebe Gäste und Medienschaffende. Ich halte das Votum zum Budget der Mitte EVP-Fraktion. Zuerst einmal herzlichen Dank dir Marc Lindenmann und Peter Baumli aber auch der ganzen Verwaltung und dem Stadtrat für die Erstellung des Budgets und die sorgfältige Arbeit. Aber auch das zur Verfügung stellen der Erläuterungen, diese waren sehr klar und positiv. Ich möchte mich nicht lange halten, sondern mich bei vielen Punkten meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. Nämlich mit dem positiven Gesamtergebnis, der Ausgeglichenheit aber mit dem negativen Betriebsertrag. Wir werden bei allfälligen Änderungsanträgen dabei sein, wir finden man muss auch Taten folgen lassen. Wir können nicht nur vom Sparen sprechen, wir müssen es auch tun. Was ich trotzdem sehr klar sagen möchte, was uns in diesem Budget freut ist, dass wir eine Tagesschule in Lenzburg einführen werden. Wir dürfen da Stellenetat erhöhen, wir haben vorher das KIBEG, Kinderbetreuungsgesetz angepasst. Ich finde da sind wir heute an einem Punkt, wo man als Familie sagen kann, hier geht etwas in Lenzburg. Es geht voran in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung, Betreuung und wir finden diese Infrastruktur positiv und lobenswert. Wir glauben auch, und das werden wir sehen, aber es braucht Zeit, solche Massnahmen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben auch steuerliche Auswirkungen. Vielleicht entscheiden sich nämlich Familien, nun doch wieder in einen Erwerb zu gehen, weil es sich lohnt zu arbeiten, weil man nicht alles an die Kinderbetreuung geben muss.

Noch etwas, was noch nicht erwähnt wurde sind die gebundenen Ausgaben im Aufwand, welche gestiegen sind. Man kann jetzt einfach sagen, macht nichts werden wir auf uns zukommen lassen, aber ich glaube hier ist eine gute Vernetzung beim Kanton und in den Kommissionen notwendig. Es ist wichtig, dass wir unsere Interessen als Stadt genug vertreten und in den Verbänden aktiv mitwirken. Denn diese Kosten werden noch weiter steigen, da kommt noch einiges auf uns zu. Da ist es sicher Sache von guter Politik, dass wir übergreifend arbeiten und nicht in unserem Gärtchen denken.

Bei den Einnahmen schliesse ich mich Chantal Toker an. Wir haben bezüglich des Gewerbs keine positiven Nachrichten. Ich finde das eher beunruhigend. Das habe ich hier schon mehrere Male angebracht auch in Anfragen. Es wurde in Aussicht gestellt, dass es einmal einen Unternehmens Apéro geben wird. Aber ich denke an einem Apéro wird es dann auch nicht liegen, dass wir Unternehmen hierherholen. Ich glaube wir müssen einen Fokus darauflegen, dass wir Erträge aus Unternehmen pflegen und schätzen, dass wir attraktiv sind und einen guten Standort bieten. Unternehmen sollten angezogen werden und diejenigen welche hier sind hierbehalten und pflegen.

Ich schliesse hiermit und würde gerne dann in der Detailberatung auf gewisse Dinge eingehen. Vielen Dank und eine gute Debatte.

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Anwesende. Es gibt gute Nachrichten, so unattraktiv ist der Standort hier nicht. Es wurde aus unserer Sicht zu den Eckdaten im Budget schon alles gesagt. Wir können uns vor allem was den Dank angeht anschliessen. Der Budgetprozess wird nach unserer Wahrnehmung von Jahr zu Jahr aufreibender, aber auch kenntnisreicher. Auf der Grundlage der Art und Weise wie es zustande gekommen ist, sind wir der Meinung,

dass man mit aller Kritik, die wir schon gehört haben, zustimmen darf. Wir begrüßen, dass die Luft beim Personalaufwand rausgenommen wurde. Für mich ist eines dieser Argumente auch tatsächlich, dass man sich immer irgendwie ärgert, wenn man hört, wie die Rechnung plötzlich viel positiver ausgefallen ist als man es je gedacht hätte. Dann tritt man wieder in den Budgetprozess ein und man sagt den Mitarbeitenden der Verwaltung diese Stelle ist eine gute Idee, aber es passt nicht wir müssen sparen. Das gibt einen Gap und der wird nun geschlossen. Wie das rauskommt, werden wir sehen. Das sind immer auch Prognosen für die Zukunft und daher auch schwierig. Es gab vorher ein Votum zu den städtischen Strukturen, welche wachsen, obwohl die Bevölkerung nicht wächst. Ich glaube da sind auch wieder Zyklen angesprochen. Es passiert nicht alles gleichzeitig. Es sind auch immer die Leute, die dann erwähnen, dass die Dienstleistung der Verwaltung nicht richtig gut ist, welche sich dann am meisten darüber beschwerten, dass nicht ordentlich gespart würde. Es gab viele Beispiele bei welchen konkret gespart wurde. Ich bedaure, dass dies in den Fraktionen nicht angekommen ist. Ja, es steht nicht explizit im Budget, aber das ist auch nicht die Aufgabe des Budgets. Wir haben in der GPFK auf Nachfrage durchaus sehr viele Beispiele genannt bekommen, wie der Prozess gelaufen ist. Da ist nicht leichtfertiges «wir haben noch ein paar Stellen und die brauchen wir halt einfach». Das war ein solider Prozess. Ich glaube ich habe es schon erwähnt, wir Grünen werden dem Budget zustimmen. Vielen Dank.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich habe mir wirklich überlegt, ob ich jetzt etwas sagen möchte oder erst in der Detailberatung. Wenn es vom Einwohnerratspräsident gewünscht wird, werde ich natürlich etwas dazu sagen. Zuerst möchte ich klarstellen: Ich kann den Vorwurf, wir hätten keinen Überblick, nicht ganz nachvollziehen. Wir haben einen Stellenplan, der ist kongruent mit den Stellenanträgen mit einer Abweichung, welche Beatrice Taubert eingangs korrigiert hat. In der Begrifflichkeit, ob jetzt bei den Sozialen Diensten die Gesellschaft dazu gehört oder nicht, da kann man jetzt Wortklauberei betreiben. Ich bin der Meinung, und das wurde mehrfach kontrolliert, dass das übereinstimmt. Wir arbeiten auch tagtäglich mit diesen Instrumenten und machen gute Erfahrungen. Da sollten keine bösen Überraschungen kommen.

Vielleicht noch etwas zum betrieblichen Ergebnis, was wie gesagt um rund CHF 300'000 schlechter wurde. Ich möchte an dieser Stelle sagen, wir haben gebundene Ausgaben was auch erwähnt wurde, wir sind massiv am Investieren. Wir werden auch immer mehr investieren, die Abschreibungen gehen in das betriebliche Ergebnis hinein. Dazu haben wir einen gewissen Leistungsausbau, das sind nicht nur Stellen, die wir schaffen, das ist auch die Tagesschule, die wir einführen. All das muss einkalkuliert werden und gehört in das betriebliche Ergebnis. Dann noch etwas, was man wissen müsste. In diversen Liegenschaften wird der Unterhalt der Liegenschaften im Betrieb belastet und die Erträge nachher in den Zinsen im Finanzertrag wieder eingenommen. Man kann also keine strikte Trennung machen.

Der Stadtrat gab sich sehr viel Mühe, um das Ergebnis so präsentieren zu können. Ich glaube es ist gerechtfertigt, dass wir die Luft ein wenig rausgenommen haben. Es wurde auch gesagt, dass wir immer wieder Diskrepanzen zwischen Budget und Jahresrechnung haben. Da müssen wir uns wirklich fragen woher kommt das. Wenn wir ehrlich sind, sind es schon grösstenteils Einzeleffekte oder Sondereffekte, welche teilweise aufwandseitig oder ertragsseitig nicht wiederkehrend sind. Vielleicht hatten wir auch einfach ein bisschen Glück in der Vergangenheit. Es gab aber auch den einen oder anderen Faktor, welcher regelmässig und wiederkehrend einschenkt. Das ist nun mal der grösste Posten im Budget den unausgeschöpften Lohnaufwand. Entsprechend war der Stadtrat der Meinung, diesen Gap zwischen Budget und Rechnung ein Stück zu schliessen. Wir haben die Hälfte der

Differenz zwischen Lohnaufwand in der Rechnung und dem Budget rausgenommen. Es nimmt am Schluss beim Stadtrat Handlungsfreiheit weg. Dafür konnten wir aber im Rahmen des Budgets gewisse Sachen ermöglichen, welche sonst nicht darin enthalten geblieben wären, damit wir unsere finanzpolitischen Ziele erreichen können.

Noch ein letzter Punkt. Der Stadtrat ist sehr nah dran, was die finanzielle Entwicklung von Lenzburg anbelangt. Wir machen zweimal im Jahr ein Controlling und stellen dies auch der GPFK zur Verfügung. Wenn wir merken, wir geraten in ein strukturelles Defizit werden wir handeln. Immer mit dem Ziel, auch eine ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank Andi. Dann gehen wir in die Detailberatung. Wir würden zuerst die Positionen 0 bis 9 durchgehen und die entsprechenden Diskussionen resp. Änderungsanträge bei den entsprechenden Positionen anbringen. Wir beginnen mit der Position 0 Allgemeine Verwaltung. Gibt es hier Wortmeldungen?

Michael Häusermann (SVP): Konto 0110.3132.00, Legislative Honorare externe Berater und Gutachter. Den Antrag, welcher die SVP-Fraktion stellt, heisst: «Die vorgesehenen Ausgaben von CHF 11'000 für die Wahlhilfe «smart vote» sind ersatzlos zu streichen». Das begründen wir wie folgt: Anlässlich der Einwohnerratswahlen 2021 wurde in Lenzburg smart vote als Pilot eingesetzt. Bis heute haben wir keine Berichterstattung, was dieser Pilot für Ergebnisse brachte. Wir fragen uns, wo ist der Nutzen für die Bevölkerung mit diesem smart vote bei lokalen Wahlen. Wir erachten die Wahlhilfe smart vote für die Einwohnerrats- und Stadtratswahlen als völlig übertrieben. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Unserer Ansicht nach ist der Fragebogen unausgewogen und viele Fragen, welche vorkamen betreffen die Bundespolitik und nicht die Lokalpolitik von Lenzburg mit der sich der Stadt- und Einwohnerrat befasst. Danke.

Kristina Schärer (Grüne): Geschätzte Anwesende im Saal, ich möchte gerne etwas zu diesem Votum sagen. In meiner eher jungen Bubble ist smart vote etwas das genutzt wird. Ich glaube gerade für junge Leute, die noch nicht so viel Ahnung von Politik haben ist das ein Instrument, welches einem sagt, welche Partei ist für mich wählbar und vertritt meine Ansprüche am ehesten. Ich finde es ist ein Instrument was die Demokratie stärkt und den jungen Menschen den Zugang zur Politik einfach verschafft. Ich appelliere, dass wir diesen Budgetposten drin lassen. Vielen Dank.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe alle, danke Kristina, dass du ans Mikrofon gegangen bist. Mein Votum wäre genau auch darauf hinausgelaufen. Ich bin zwar nicht mehr ganz in dieser Bubble aber wer da in welcher Bubble ist, ist jedem selbst überlassen. Schauen wir uns die Stimmbeteiligung bei nationalen, kantonalen und kommunalen Wahlen einmal an. Das nimmt gegen unten immer mehr ab. Jetzt wollen wir etwas abschaffen, was die Wahlbeteiligung, welche für uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte so wichtig ist und uns eigentlich stärkt, weil es ein Online-Zugang ist, welchen gerade junge Leute nutzen. Ich finde auch, wir sollten unbedingt an diesen CHF 11'000 festhalten und «smart vote» bei den nächsten Wahlen 2025 einsetzen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Michael Häusermann (SVP): Das betrifft das Konto 0222.3010.00, Bauverwaltung, Löhne. Der Antrag lautet, die vorgesehene Stellenerhöhung von 100 % eines oder einer Teamleiter-/in Baumanagement ist ersatzlos zu streichen. Die selbständige Planung von kleineren Bauprojekten stellt keine neue Aufgabe in der Abteilung Immobilien dar. Diese Zuständigkeit hat es immer gegeben. In der Vergangenheit haben wir auch grössere Planungen vorgenommen und wir erachten den punktuellen bedarfsgerechten Beizug von professioneller externer Baubegleitung als eine günstigere Variante als eine feste Anstellung einer weiteren Person. Nachdem wir bereits mit dem Budget 2023, 100 Stellenprozente genehmigt haben und das ohne, dass wir die Immobilienstrategie kennen, weil sie uns nicht vorliegt. Der Ersatz für die Pensionierung eines Mitarbeiters ist aus unserer Sicht zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen. Eine dreijährige Einarbeitungszeit erachten wir als deutlich zu lange. Merci.

Vizeamman Andreas Schmid: Der Stadtrat beantragt diese Stelle und ich möchte als zuständiger Ressortvorsteher noch einmal herausstreichen, dass diese Stelle von grosser Wichtigkeit ist. Wenn wir alle diese Projekte wie wir es im Aufgaben- und Finanzplan bzw. im Investitionsprogramm haben, umsetzen wollen, auch mit den Terminen wie sie vorgesehen sind, dann brauchen wir diese Ressourcen. Ich nenne ein unrühmliches und selbstkritisches Beispiel. Wir wollten schon lange mit der Planung der Sportanlage Wilmatten beginnen. Aber wir haben anderen Projekte, wie das ABB-Areal, welches am nächsten Sonntag vom Souverän abgesegnet wird, welche dazu kommen. Das braucht alles Ressourcen, ich denke auch an Schulbauten, welche kommen werden. Da brauchen wir eine gute Bauherrenvertretung damit die Kosten im Rahmen gehalten werden können. Da brauchen wir jemand, der bei der Stadt angestellt ist und die Interessen der Stadt vertritt. Das macht eben ein Mitarbeiter der Stadt besser als jemand der dafür mandatiert ist. Deshalb möchte ich beliebt machen, diese Stelle zu bewilligen. Ich bin überzeugt wir können die Bauprojekte im Hochbaubereich so gut begleiten, dann ist die Stelle auch schnell finanziert: Merci.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Michael Häusermann (SVP): Konto 1110.3130.01 Regionalpolizei, Dienstleistung dritter. Der Antrag, welchen wir stellen, heisst, der vorgesehene Budgetbetrag von CHF 36'000 ist, um CHF 23'000 tiefer und neu auf CHF 13'000 zu budgetieren. Weshalb? Kolleginnen und Kollegen wir müssen den Gesamtblick unserer Finanzen im Auge behalten und die Aussichten sind trüb. Das haben wir heute Abend schon mehrfach gehört. Somit erscheint uns die Realisierung einer eigenen Webseite der Regionalpolizei mit Kosten von CHF 23'000 als nicht notwendig, sondern eher wünschenswert. Dazu kommt, dass für die inhaltliche Pflege der Webseite personelle Ressourcen erforderlich sind, welche nicht beziffert werden. Wenn unsere Regionalpolizei personelle Kapazitäten hat, so sehen wir diese eher in der Kriminalitätsbekämpfung als in der Bewirtschaftung der Homepage. Wir erachten die heutige Version, das heisst die Einbindung des Themas Sicherheit in der Webseite der Stadt als ausreichend, denn viele Sicherheitsthemen sind kantonal oder bundesweit geregelt. Die Arbeit der Regionalpolizei ist in vielen Bereichen zusammen mit der Kantonspolizei und die KAPO hat eine Webseite, was aus unserer Sicht genügt. Danke.

Stadtrat Sven Ammann: Danke Michael. Ich kann euch versichern, ich bin mit dieser Frage ebenfalls zu unserem Kommandanten gegangen und wir haben lange darüber diskutiert. Es ist ein ausdrücklicher Wunsch unserer Regionalpolizei, dass viele Informationen auch digital bezogen werden können. Wir sind eine Regionalpolizei und die Kundschaft kommt nicht nur von Lenzburg. Daher kommt der Wunsch.

Vizeamman Andreas Schmid: Zusätzlich glaube ich, ein gutes Dienstleistungsangebot auf einer Webseite reduziert am Schluss Schalter- und Telefonkontakt oder E-Mails, welche beantwortet werden müssen. Entsprechend können die Polizistinnen und Polizisten dann mehr draussen sein und die Kriminalität bekämpfen oder ihrem Kernauftrag nachgehen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 23 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Michael Häusermann (SVP): Es tut mir leid, es ist ein bisschen eine Einzelübung. Konto 1500.3010.01, Regio Feuerwehr, Übungssold. Der Antrag lautet der Übungssold ist von CHF 20 auf CHF 30 pro Stunde zu erhöhen und nicht wie vorgesehen auf CHF 35. Ich wiederhole mich, wir müssen den gesamten Blick über die Finanzen im Auge behalten. Die Feuerwehr leistet eine sehr gute und enorm wichtige Arbeit. Wir wollen den Einsatz, den die Damen und Herren rund um die Uhr leisten nicht schmälern, deshalb sind wir auch für eine Erhöhung der Übungsentschädigung. Die letzte Erhöhung war vor rund 30 Jahren. Aber eine Erhöhung von 75% finden wir zu viel, wenn wir die gesamten Finanzen im Hinterkopf haben. Ich habe nachgeschaut, in der Rechnung 2021 hatten wir Aufwendungen von CHF 167'200, in der Rechnung 2022 waren es CHF 158'000 und in der Rechnung 2023 sind wir bei CHF 177'000 und jetzt budgetieren wir CHF 258'000. Das ist eine enorme Steigerung und wir reden da nur von den Übungen. Wie gesagt, wir finden die Leute machen einen guten Job, sie haben auch mehr verdient, aber CHF 30 ist aus unserer Sicht angepasst. Danke.

Stadtrat Sven Ammann: Wir sind mit Ammerswil und Staufen zusammengesessen und haben links und rechts verglichen, wie der Sold bei anderen Feuerwehren aussieht. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir hier frappant hinterherhinken mit diesem Sold und ich würde dies als schlechtes Zeichen sehen, wenn wir unsere Feuerwehr abstrafen mit weniger Sold als in der Umgebung bezahlt wird. Es sind 114 Feuerwehrleute, welche sich in ihrer Freizeit für die Gesellschaft einsetzen und ich finde die haben das nach 20 Jahren verdient.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

Michael Häusermann (SVP): 2191.3010.00, Volksschule, sonstiges, Löhne. Unser Antrag lautet: Die Schaffung einer ICT-Supportstelle mit 60 Stellenprozenten und nicht wie vorgesehen mit 100 % zu genehmigen. Für uns ist unbestritten, die Notwendigkeit besteht und so eine Stelle braucht es heutzutage. Wir halten den Ausbauschritt von heute 40 % auf neu 100 % für das beschriebene Tätigkeitsgebiet als zu hoch. Zumal die heutige Generation immer weniger 1st Level Hardware Support

notwendig macht. 60 Stellenprozent erachten wir als ausreichend und ganz grundsätzlich sehen wir lieber eine regionale Lösung. Wir haben eine Regionalschule und so könnte man auch Stellvertretungen im Fachgebiet gewährleisten. Im Übrigen vermessen wir in der Stellenbeschreibung an wen der Stelleninhaber oder die Stelleninhaberin rapportiert.

Janine Pfister Meier (SP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte alle. Ich denke, diese Stelle können wir getrost annehmen. In den Informationsunterlagen zur Stellenausschreibung kommt die Wichtigkeit meines Erachtens zu wenig zur Geltung. Man stolpert über die 6,5 Wochenlektionen, welche erwähnt sind. Man denkt sich von 6,5 Wochenlektionen auf 100 % ist schon zu viel. Tatsache ist aber, dass die Betreuung viel mehr beträgt als diese genannten 6,5 Wochenlektionen. Bis anhin waren der Schulleiter und mehrere Lehrpersonen, die den technischen und pädagogischen ICT-Support geteilt haben nebst all den anderen Arbeiten. Die digitalen Lernarrangements halten je länger, je mehr Einzug in den Unterricht. Wir an der Regionalschule haben seit der 5. Klasse schon ein one-to-one Konzept. Das bedeutet, ab der 5. Klasse hat jedes Kind ein eigenes Tablet, welches es mitnimmt, bis in die Oberstufe. Das braucht viel mehr Geräte und mehr Ressourcen, um diese Geräte zu warten. Für alle diese Geräte, auch Laptops der Lehrpersonen, Ipads aller Schüler, digitale Wandtafeln, Visualizers, Beamer, Drucker etc. da braucht es eine zentrale Anlaufstelle, welche sich darum kümmert. Nur so kann der reibungslose Betrieb der Schule gewährleistet werden. Die Lehrpersonen sollen sich um das Kerngeschäft kümmern und sich nicht um technische IT-Probleme kümmern müssen. Zurzeit sind es knapp 1'500 Geräte, welche betreut werden müssen, durch den Ausbau von diesem one-to-one Konzept wächst diese Zahl auf über 2'000 Geräte bis 2026 und mit einer Formel pro 1'000 Geräte eine Vollzeitstelle ergibt sich eine Anstellung von 135 Stellenprozent für eine Fachkraft technischer ICT-Support. Ich denke wir sollten diese Stelle annehmen.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Stadtrat, liebe Kollegen aus dem Einwohnerrat und liebe Gäste und Medienschaffende. Die Mitte Fraktion wird den Antrag von der SVP annehmen. Auch wir haben uns intensiv damit befasst. Wir sind davon überzeugt, dass man das mit einem 60 % Pensum hinbringt. Es gäbe Möglichkeiten Gruppen zu bilden, um diese Apps gemeinsam zu regeln. Ich glaube man kann konzeptionell noch mehr an dieser Stelle arbeiten und allenfalls gewisse Dinge auch regional regeln. Vielleicht können Geräte auch gespart oder geleast werden. Ich glaube für den Anfang können wir mit 60 % starten. Das ist schon eine Verbesserung und es braucht nicht unbedingt 100 Stellenprozent.

Stadträtin Barbara Portmann: Besten Dank auch für das kritische Lesen. Es ist immer spannend, was in einem Antrag ankommt und was vielleicht nicht. Wir bitten darum die Stelle wie sie beantragt ist zu genehmigen. Wir haben gemerkt, dass wir mit der grossen Anzahl der Geräte, welche auch stetig steigt, den Support nicht mehr gewährleisten können. Bis anhin war dieser verteilt an verschiedenen Orten. Teilweise wurden auch externe Aufträge erteilt. Gerade die HPS hat alles extern vergeben und mit diesen 100 % könnte diese Dienstleistung inkludiert werden. Wir haben ein umfangreiches seitenlanges Konzept dahinter, welches gut ausgearbeitet und durch den Stadtrat und den Gemeinderat Ammerswil genehmigt wurde. Es ist mir wichtig zu sagen, dass wir nicht konzeptlos starten und dann schauen, wo das hinführt. Es zeigt wirklich, dass wir jemanden brauchen, der diesen Support übernimmt, und zwar auch, damit die Schulleitungen, welche hier teilweise unterstützt haben, sich wieder dem Kerngeschäft widmen können. Ich bitte also darum, den Stellenantrag anzunehmen.

Ruby Ott (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte diese Sitzung nicht künstlich verlängern. Ich danke Barbara und Janine für das positive Votum. Ich bitte aus Sicht der Oberstufe diese Stelle anzunehmen. Es ist mehr als nötig und diese 100 % sind genau genommen noch immer zu wenig. Also, bitte nehmt diese Stelle an. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann würden wir darüber abstimmen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wurde mit 10 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann kommen wir zu 5, soziale Sicherheit. Michael Häusermann bitte.

Michael Häusermann (SVP): Es betrifft das Konto 5791.3010.00, Gesellschaft, Löhne. Unser Antrag lautet: Die vorgesehene Stellenerhöhung von 20 % für die Leitung des Fachbereichs Gesellschaft ist ersatzlos zu streichen. Wir machen es kurz, für uns ist die Notwendigkeit einfach nicht gegeben. Merci.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Anwesende, ich habe vorher schon angetönt, weshalb diese Stellenerhöhung wichtig ist. Wir hatten in den letzten Jahren praktisch keine Jugendarbeit und die Kinder und Jugendlichen sind sehr unter Druck, psychisch sehr belastet und da braucht es einfach Ressourcen. Man kann jetzt schon sagen, wir sparen kurzfristig im Jahr 2025, aber schlussendlich werden wir später mehr Geld ausgeben, wenn wir jetzt in diesem Bereich sparen. Danke.

Stadträtin Beatrice Taubert: Ich möchte kurz etwas sagen zu dem Dschungel, welcher da offenbar besteht bei den Stellen im Sozialdienst. Es ist nämlich gar nicht so schwierig. Ausser dem kleinen Fehler, den ich eingangs erwähnt habe. Es ist klar ersichtlich, um welche Stellenanträge es geht. Die Sozialen Dienste Lenzburg sind aufgeteilt in drei Fachbereiche. Es ist der Fachbereich KESD, Fachbereich Sozialhilfe und den Fachbereich Gesellschaft. Hier vielleicht auch noch ein Votum zum Sparen. Im letzten Jahr hatte die Abteilung Soziale Dienste viele Anträge, welche bereits im Stadtrat gestrichen wurden. Auch da sind wir sehr wohl am Stellen sparen. Es lag ein Konzept vor für eine Abteilung Gesellschaft. Wir haben es vorhin gehört, Lenzburg ist von 2020 bis 2024 nicht mehr so stark gewachsen aber in den Jahren zuvor dafür extrem. Das bedingt, dass man die Infrastruktur aufbaut und gesellschaftliche Probleme löst. Die Abteilung Gesellschaft wurde gestrichen, die gibt es nicht. Es wäre zwar ein Legislaturziel gewesen, etwas für die Gesellschaft zu machen. Wir hatten bis jetzt einen Fachbereich Jugend und Familie dessen Leiterin gekündigt hat. Mit der Neubesetzung dieser Stelle haben wir uns gedacht wir müssen von 60 % auf 80 % erhöhen. Denn die Leiterin war schon am Anschlag, sie hat die Schulsozialarbeit betreut, die Jugendarbeit und da musste jetzt etwas gemacht werden. Wir haben die GPFK informiert, was wir mit der Stellenerhöhung vorhaben, auch weil wir gewusst haben, dass die Regionale Integrationsfachstelle noch kommen wird. Diese Stelle ist regional und vor allem kantonale bezahlt, aber irgendjemand muss das betreuen. Diese haben wir auch dem Fachbereich Gesellschaft angehängt. Deshalb diese Erhöhung um 20 % und die Umbenennung von Fachbereich Jugend und Familie in Fachbereich Gesellschaft, weil die regionale Integrationsfachstelle nicht mehr nur Jugendliche und Kinder betrifft. Jetzt geht es um diese Stelle, Leitung des Fachbereichs, ehemals Jugend und Familie neu Gesellschaft. Dann haben wir die 140 Stellenprozent,

welche vorher genannt wurden. Diese sind vom Fachbereich Sozialhilfe und KESD. 140 Stellenprozent haben wir beantragt beim KESD und 20 % bei den Sozialen Diensten. Bei den Sozialen Diensten brauchen wir einfach Entlastung im Schalter- und Telefondienst. Jetzt haben wir den Fall, dass die Leitung Schalter- und Telefondienst abdecken muss, weil es sonst nicht geht. Wir brauchen da unbedingt 20 % mehr.

Ich möchte mit dem ein bisschen das Durcheinander entwirren. Die 120 % sind bei dem KESD angesiedelt. Da kommen wir vielleicht später noch dazu.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann stimmen wir darüber ab und kommen dann zu Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 7 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Michael Häusermann (SVP): Es geht um das Konto 6120.513132.00, Parkierungsanlagen, Honorare externe Berater. Unser Antrag lautet: Zurückstellung der geplanten Kosten für die Planung des Parkleitsystems. Weshalb kommen wir mit diesem Antrag. Mit der Bewilligung von Planungskosten für ein Parkier Leitsystem bewilligen wir Geld für etwas, was wir eigentlich gar noch nicht kennen. Der Einwohnerrat hat bis jetzt noch nie ein Parkleitsystem genehmigt. Aber es wird bereits wunderbar geplant und vermutlich wird an gewissen Stellen davon ausgegangen, dass dies selbstverständlich kommt und wir dem dann noch zunicken dürfen. Gemäss unserem Wissensstand sollte ein aktuelles oder aktualisiertes Reglement zu Händen des Einwohnerrats erstellt werden. Wir hätten eben gerne zuerst das Reglement, in dem man sieht, wie die Kosten sind und nicht eine Vorausplanung. Besten Dank.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist richtig es liegt noch nichts vor. Deshalb will man eine Grundlage erarbeiten damit man dann etwas Fundiertes vorlegen kann. Wir haben aus dem Einwohnerrat mit dem KGV dem kommunalen Gesamtplan Verkehr einen Auftrag. In diesem Plan ist festgehalten, dass ein Parkleitsystem erstellt werden soll. Zum einen sind wir der Meinung, mit einem Parkleitsystem können wir in unserer kleinen Stadt erreichen, dass der Suchverkehr vermindert wird. Zum Zweiten wurde das im Agglomerationsprogramm eingegeben. Dort muss man zügig mit der 4. Generation beginnen, sonst verfallen die Gelder und das ergibt dann quasi Negativpunkte, weil das etwas war, was man realisieren wollte. Es geht jetzt hier darum, dass man Entscheidungsgrundlagen erarbeiten kann, auf welchen man nachher befinden und diskutieren kann. Alle Projekte in House zu machen, liegt in der Abteilung Tiefbau und Verkehr nicht drin. Deshalb bitte ich diesen Antrag abzulehnen. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann stimmen wir auch hier darüber ab. Danach kommen wir zu Christina immer noch beim Thema Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 19 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, lieber Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat, liebe Gäste. Ich habe noch etwas zur Kategorie 5450 Leistungen an Familien Posten 3636. Wir haben den Änderungsantrag, welcher lautet: «Den budgetierten Betrag auf CHF 70'000 zugunsten des Familienzentrums zu erhöhen», schon gehört. Aufgrund von Veränderungen der Umstände ist das Familienzentrum auf eine höhere Entschädigung für die erbrachten Leistungen angewiesen. Es geht also nicht darum, ein Angebot auszubauen, sondern einfach den Betrieb sicher zu stellen. Wir haben schon gehört, der Antrag hat viel zu reden gegeben auch innerhalb der GPFK, obwohl man da eigentlich nicht über Anträge diskutiert. Wir haben es auch innerhalb der Parteien besprochen, haben den Stadtrat angehört und nun beschlossen, dass wir den Antrag nicht bringen. Wir müssen uns nicht extra beschäftigen. Trotzdem nehme ich ein bisschen Zeit dieser Einwohnerratssitzung für einige Erläuterungen. Es ist nämlich so, dass im April vom Familienzentrum ein Antrag um Erhöhung auf CHF 124'000 gestellt wurde. Es ging einerseits um den Betrieb des Familienzentrums und andererseits um einen Ausbau des Angebots. Den Antrag, welchen wir gestellt haben, fokussiert sich nur auf den Betrieb, nicht auf die Angebote. Auf den Antrag im April kam leider keine schriftliche Antwort. Man wurde mündlich darüber informiert, dass eine Studie in Auftrag gegeben wurde. Das finde ich persönlich sehr schade, man dürfte eine schriftliche Antwort erwarten. Grundsätzlich ist es aber zu begrüßen, dass der Stadtrat sich intensiver mit der frühen Förderung auseinandersetzt. Auch eine solche Studie finden wir, da kann man nicht grundsätzlich dagegen sein. Man schafft sich eine gute Grundlage, auf welcher nachher ein Entscheid getroffen werden kann. Wir werden hier diesen Antrag nicht stellen. Es ist aber so, dass die Studie auf Ende Oktober angekündigt wurde und wir hier im Einwohnerrat nötige Instrumente haben, allenfalls mit einer Motion darauf eingehen zu können. Der Antrag ist uns sehr wichtig, denn die Umstände haben sich seit Corona sehr stark verändert. Gesunkene Mieteinnahmen im Familienzentrum, steigende Bedürfnisse und erhöhte Anzahl Kinder und Jugendliche, welche einen Betreuungsbedarf haben. Es ist auch so, dass wir im Vergleich zu vorher weniger Bereitschaft haben für eine gewisse ehrenamtliche Arbeit. Die Betreuung wird immer professioneller und die Anforderungen an das Personal steigt. Da wollen wir nicht das Personal vergraulen, indem man ihnen keine Perspektive gibt, weil man keine Finanzierung hat. Wir werden hier dranbleiben und das Weiterverfolgen. Mir persönlich ist noch aufgefallen, dass wir zu diesem Thema sehr viele Befindlichkeiten wie auch Missverständnisse im Raum stehen haben. Da möchte ich einfach an alle für eine gute Zusammenarbeit, gutes Zuhören und gemeinsames Handeln appellieren. Wir sollten die Sache im Fokus haben. Mit diesem Familienzentrum haben wir ein Juwel in Lenzburg. Es haben viele Pionierinnen in der Vergangenheit viel geleistet, was richtig und gut war und mit viel Ehrenamt und Herzblut die Sache vorangetrieben. Jetzt hat sich die Situation, die ganze Kinderbetreuung und das Umfeld für Familien verändert. Deshalb braucht es Anpassungen, vielleicht auch in einer Leistungsvereinbarung oder in einer Alimentierung. Auch das Haus ist älter geworden und braucht für den normalen Betrieb mehr Geld. Deshalb bitte ich euch, dass man da sorgfältig darauf schaut und die Studie abwartet und dann weiter schaut. Vielen Dank.

Stadträtin Beatrice Taubert: Danke Christina, was du gesagt hast, kann ich nur bestätigen. Ich bedanke mich beim Familienzentrum herzlich für die grosse Arbeit. Wir sehen was dort geleistet wird. Es ist nach den Ferien noch ein Workshop geplant, und wir wollen zusammen eine gute Lösung finden. Die Studie wird nach dem Workshop wahrscheinlich Mitte November erscheinen. Wir werden euch wieder informieren.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich habe noch eine Anmerkung meinerseits zur Kreditkontrolle. Es hat teilweise zehnjährige Geschäfte, welche noch offen sind. Bitte denkt daran, diese zügig fertig machen zu können damit wir nicht uralte Geschäfte haben. Sonst gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Dann wären wir durch mit dem Budget. Wir haben zwei Anträge, welche angenommen wurden. Einerseits ist das der Antrag bei der Regionalpolizei, Position 1110.3130.01, nur CHF 13'000 zu budgetieren und andererseits Position 6151.3132.00, Rückstellung der Parkieranlagen. Nun geht es darum, dem Budget mit diesen zwei Änderungsanträgen zuzustimmen.

Abstimmung

Das Budget wurde mit 30 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

7 Aabach Nord; Machbarkeitsstudie mit Testplanung; Synthesebericht; Erarbeitung des Entwicklungsrichtplans; Verpflichtungskredit

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte Anwesende. Aabach Nord; Machbarkeitsstudie mit Testplanung; Synthesebericht; Erarbeitung des Entwicklungsrichtplans; Verpflichtungskredit, diese Vorlage mit den Präsentationen umfasst 142 sehr interessante Seiten mit vielen Ideen und wichtigen Details. Es wird sehr schön aufgezeigt, wieso es die Machbarkeitsstudie mit der Testplanung und dem Entwicklungsrichtplan braucht und welche Vorteile daraus entstehen können. Ein Zusammenspiel mit dem kommunalen Gesamtplan Verkehr, der revidierten Bau- und Nutzungsordnung, der Entwicklungsmöglichkeiten des Areals Werkhof und der zukünftigen Gestaltung Aabach Nord. Ein erarbeiteter Entwicklungsrichtplan, vereinfacht den Grundeigentümern somit das planerische Verfahren und schafft eine Planungssicherheit. Dies war auch in der Spezialkommission Bau- und Nutzungsordnung ein wichtiges Thema wo immer möglich eine Plansicherheit zu schaffen. Es gab ein paar Punkte, welche in der GPFK ausführlich diskutiert wurden. Zum Beispiel, ob sich die Grundeigentümer am Mehrwert, welcher durch die Vorlage generiert werden kann, beteiligen und in welcher Höhe; was der Stadtrat mit dem erstellten Entwicklungsrichtplan für andere Möglichkeiten hat, um weitere Kosten für die Stadt einzusparen oder zu verhindern. Die Antwort des Stadtrats und dem leitenden Stadtplaner kurz zusammengefasst. Die Gespräche mit den Grundeigentümern haben im August stattgefunden und sind unterschiedlich verlaufen. Es gibt Grundeigentümer, welche gut finden, was mit dem Projekt gemacht wird, aber eigentlich keinen Bedarf haben, weil ihr Betrieb gut aufgestellt ist. Es gibt auch Grundeigentümer, welche schon lange auf eine Verbesserung in dieser Zone warten und auch bereit sind, sich finanziell an gewissen Sachen zu beteiligen. Der Stadtrat und der Leiter Stadtplanung möchten die finanziellen Beiträge noch vor der Testplanung besprechen, vor allem, wo die entsprechenden Grundeigentümer etwas an die Planung beitragen sollen. Wenn die Planung steht, wird ersichtlich, wo Mehrwert generiert werden kann. Es ist also vorgesehen, dass sich die Grundeigentümer teilweise an einer Planung und vor allem im Teilgebiet die Spezialzone Aabach Nord auch an einer Umsetzung beteiligen. Ziel ist es, einen Planungsausgleich zu schaffen, so dass die Grundeigentümer auch etwas für die Öffentlichkeit und für das Areal machen müssen. Zum Beispiel mit einem Beitrag an die Renaturierung des Aabachs. Das wäre eine Möglichkeit eines Mehrwertausgleichs.

Wie erwähnt, wird das alles erst zu einem späteren Zeitpunkt mit den Grundeigentümern verhandelt. Wir hoffen, diese Verhandlungen werden erfolgreich geführt. Der zweite Punkt in der GPFK war der Zeitpunkt dieser Vorlage. Wir haben heute 14 Traktanden. Die Vorbereitungen in den Fraktionen

auf den Aufgaben- und Finanzplan sowie auf das Budget beansprucht jedes Jahr viel Zeit. Ich denke einige waren auch erstaunt über die kurzfristig angesetzte Infoveranstaltung Aabach Nord kurz nach den Schulferien und die anschliessende umfangreiche Zustellung von diesen 142 Seiten Lesestoff, welche auf die heutige Sitzung traktandiert wurden.

Der ganze Zeitdruck für alle Beteiligten wäre nicht unbedingt nötig gewesen. Die Mitglieder der GPFK sind grundsätzlich erfreut über die Vorlage. Sie ist sehr detailliert mit sehr interessanten Präsentationen. Wir sind überzeugt, dass mit dieser Vorlage Aabach Nord wirklich ein Mehrwert für das Areal geschaffen werden kann auch für die Grundeigentümer mit Planungssicherheit.

Wir finden aber auch, dass alle Grundeigentümer ins Boot geholt werden sollten und das Projekt besprochen wird. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat mit 6 Ja zu 3 Nein Stimmen dieser Vorlage Aabach Nord mit dem Bruttokredit von CHF 660'000 zuzustimmen. Danke schön.

Fabian Würmli (SP): Werte Anwesende, ich glaube uns ist allen klar, dass das Gebiet Aabach Nord entwickelt werden muss. Ich möchte nicht darauf eingehen, wie es dort aussieht und vor allem nicht, seit wann es so aussieht. Ich glaube es ist dringend notwendig. Wir danken im Namen der SP und den Grünen dem Stadtrat für die Vorlage. Wir können das Vorgehen nur loben, es ist fair und transparent. Wir sind glücklich über die Fallstudie. Es sind positive Visionen. Wir haben kurze Wege, Barrierefreiheit, Zugänglichkeit vom Aabach, Reduzierung von Hitzeinseln und die Nutzungsdiversität von Wohnen und Gewerbe. Wir haben viele schöne Bilder und Ideen was man mit diesem Areal machen kann und das ist positiv zu werten. Das Vorgehen ist auch klar. Man macht eine Machbarkeitsstudie, bei welcher man vier Büros einlädt und nicht nur eines. Das ist ebenfalls positiv und zu begrüssen. Es kostet einfach Geld. Zusätzlich kommt die Testplanung und der Entwicklungsrichtplan, das ist von mir aus gesehen das richtige Vorgehen und das ist es wert, dass man dies macht. Es ist klar, dass Lenzburg diese Vorleistungen erbringen muss und das vorgängig finanziert. Die SP und die Grünen sind einstimmig dafür. Persönlich möchte ich noch anfügen, dass man in dieser Vorlage von einer behutsamen Entwicklung spricht. Man spricht von einer Vorreiterrolle, welche die Stadt da einnehmen möchte. Das ist sehr löblich. Was aber nicht klar definiert ist, wir haben es gehört, ist die Beteiligung an den Planungskosten durch die Grundeigentümer. Spätestens bei einer Baueingabe haben diese nämlich einen Mehrwert und spätestens dann, müsste man dafür sorgen, dass dieser irgendwie abgeschöpft wird. Ich denke man müsste definieren, wie man aus diesen Mehrwerten eine Abgabe entrichten kann. Wir möchten schliesslich mehr Steuereinnahmen. Dann behutsame Entwicklung ist schön und gut, wir kennen das Phänomen. Ich habe nichts dagegen, wenn man teure Wohnungen und gute Steuerzahler hat, aber man muss Sorge tragen und irgendwo definieren, wie man damit umgehen will. Es wird einen erheblichen Mehrwert geben und es braucht einen Ausgleich. Ich glaube man sollte jetzt in der Testplanung schon daran denken einen sozialen Ausgleich zu machen und vielleicht gemeinnützigen Wohnungsbau beispielsweise vorsehen. Danke.

Eric Scherer (SVP): Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte Vertreter der Presse. Ich glaube das Thema Entwicklung Aabach Nord ist ein sehr spannendes Thema. Ich kenne das Gebiet sehr gut. Ich persönlich bin dort das erste Mal in Lenzburg gewesen. Ich habe mal ein Projekt gemacht im Gebäude der damaligen Visa Gloria das war schon immer da, aber dort war eine Firma, die heute noch da ist und ich glaube, wir haben dort ein sehr komplexes Vorhaben vor uns. Es ist anders als die Entwicklung von anderen Gebieten, weil wir sehr gemischtes Gebiet haben. Wir haben sehr viele Parameter, die hineinfließen und wir haben vor allem sehr gemischte Besitzerschaft oder Eigentümerschaft.

Deswegen haben wir im Moment bedenken, ob wir richtig für dieses Vorhaben aufgestellt sind. Ich glaube, viele Dinge sind schon erwähnt worden. Für uns als SVP-Fraktion steht an allererster Stelle der Einbezug aller Eigentümer. Ich denke, es ist zentral, dass die Eigentümer mit dabei sind. Wir wollen sie verpflichten und einbinden. Ich glaube auch, dass die Machbarkeit von Vorhaben an dem Einbezug der Eigentümer letztendlich scheitert oder erfolgreich sein kann. Wir haben im Moment für uns gewisse Bedenken, was die zeitliche Eile angeht. Wir haben es auch schon vorhin gehört, das ist sehr schnell gekommen. Ich habe für mich selbst das Gefühl, dass ich mich mit den Zielsetzungen nicht ganz auseinandersetzen konnte. Ich habe das Gefühl, man hat versucht, hier die perfekte Planung zu machen. Die Frage ist, ist sie vielleicht zu perfekt, was die ganzen Ziele angeht?

Es stellt sich die Frage, braucht es diese Eile. In dem Zusammenhang auch die Frage, was ist mit den Rahmenbedingungen und hier ist natürlich ganz zentral die Frage der Verlängerung der Ringstrasse Nord, die letztendlich einen massiven Einfluss auf die ganze Planung hat. Kommt die oder kommt die nicht und wollen wir die oder wollen wir die nicht. Das ist eine Frage wie man sie stellen darf und ich glaube es ist sehr wichtig, dass man das klärt. Dann als dritter Punkt, wir haben im Moment in Lenzburg eine Häufung von diesen Grossprojekten. Wir haben es auch gespürt. Stellen werden aufgestockt, wir haben die Entwicklung des Artoz- Zeughausareals, Mülimärt und Bahnhof. Das sind alles Dinge, die jetzt erstmal auch zu stemmen sind, die wir auch als Einwohnerrat begleiten müssen und es ist einfach auch die Frage, sind wir überhaupt in der Lage, das sinnvoll zu machen? Für mich ganz am Ende steht so ein bisschen die Frage nach dem Realismus des Vorhabens. Das ist vielleicht auch persönliche Kritik. Ich sass an diesem Vorstellungstermin und da wurden doch sehr hochtrabende Begriffe genannt. Da wurde zum Beispiel von Spitzenindustrie gesprochen. Da stelle ich mir dann die Frage: Sprechen wir da von einem Ziel, was wir erreichen oder nicht erreichen wollen? Wir werden hier in diesem Quartier keine Spitzenindustrie ansiedeln. Natürlich wollen wir dort gewerbliche Arbeitsplätze für Lenzburg schaffen. Aber für mich ist im Moment dieses Vorhaben nicht im Gleichgewicht. Ich weiss, dass es sehr schwierig ist, aber ich glaube wir müssen uns da noch ein bisschen Zeit lassen. Die SVP-Fraktion würde daher den Antrag vorläufig zurückweisen. Wichtig ist für uns, wir sehen das nicht als generelle Zurückweisung. das Thema ist und bleibt wichtig. Es ist aber eine momentane Zurückweisung, um sich die Zeit zu nehmen und einige Dinge noch zu klären. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Das ist ein genereller Rückweisungsantrag, dann debattieren wir über diesen Rückweisungsantrag. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Stadtmann Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren, ich bitte sie höflichst und dringlichst diesem Rückweisungsantrag nicht Folge zu leisten. Es ist richtig, es erscheint gegen aussen vielleicht so, als wäre es in Eile. Wir sind aber relativ lange schon an diesem Projekt dran. Man sah in der Studie, welche erarbeitet wurde und die Workshops, die gemacht wurden, dass die Ergebnisse in eine Form gebracht werden mussten. Dass sich der Stadtrat durchaus auch hohe Ziele setzt, ist etwas, was man wertschätzen sollte. Für uns ist klar, man will da ein gutes Areal anstreben. Das andere ist, wie gesagt wurde, wir haben andere Areale, wie z.B. Artoz, Zeughaus und Bahnhof. Beim Bahnhof wissen wir, der kommt, die SBB ist da dran. Beim Artoz Areal machen wir ebenfalls mit, sind aber nicht federführend genau wie beim Zeughausareal. Die Eile kommt daher, dass wir mit der rechtskräftigen Bau- und Nutzungsordnung einen Schritt vorwärtskommen und den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern eine Rechtssicherheit bieten wollen. Wir haben im August mit allen Grundeigentümern ein erstes Gespräch geführt und diese Gespräche werden weitergehen. Unser Ziel ist, zu einem guten Ergebnis zu kommen. Zum Thema Spitzenindustrie kann ich auch noch

etwas sagen. Das ist einerseits ein Ziel aus der Potentialstudie und andererseits liegt eine Anfrage einer Firma vor, welche nach Lenzburg kommen möchte. Das heisst Lenzburg ist ein attraktiver Standort. Für die jetzige Anfrage wird es noch nicht reichen da ein Plätzchen zu finden. Aber es gibt Firmen aus der Hightech Industrie, welche nach Lenzburg kommen möchten. Das ist also nicht ein Wunschgedanke, sondern schon sehr konkret.

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzte Anwesende, Die Mitte-Fraktion findet diese Vorlage grundsätzlich eine sehr gute Sache. Wir sind auch froh, wie Daniel vorher erzählt hat, dass es bereits Interesse gibt für Gewerbe was sich da einquartieren möchte. Nichtsdestotrotz finden wir CHF 660'000 sehr viel Geld. Wir sind der Meinung, heute ist noch nicht der richtige Zeitpunkt, um über diese Vorlage abzustimmen. Es fehlt uns in dieser Vorlage ein Vorschlag, wie mindestens ein Teil von diesen CHF 660'000 durch eine Mehrwertabschöpfung dieses Areals refinanziert werden könnte. Es fehlt uns auch die Sicherheit, dass wenn wir den Beitrag bewilligen, uns nicht noch eine weitere Vorlage mit einem sechsstelligen Betrag unterbreitet wird, welchem man dann zustimmen muss, weil man schon CHF 660'000 Steuergelder ausgegeben hat. Wir kennen das alle bereits vom Kunstrasen Wilmatte. Ist der Verpflichtungskredit einmal gesprochen, so ist der Verhandlungsspielraum Geschichte. Also geben wir dem Stadtrat auch lieber noch einmal Zeit, um Nägel mit Köpfen zu machen und dem Einwohnerrat aufzuzeigen, wie eine Refinanzierung aussehen wird. Welche Folgekosten bei der Realisierung von Aabach Nord auf die Stadt zukommen könnten, falls die beteiligten Grundeigentümer sich nicht an den Kosten beteiligen. Danke.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzte Damen und Herren, aus Sicht der FDP spielt es nicht unbedingt eine Rolle, ob man den Gestaltungsplan jetzt in Auftrag geben wird oder erst in zwei bis drei Jahren. Wir haben das intensiv diskutiert und folgende Gedankengänge waren bei uns relevant. Wir haben in zwei bis drei Jahren keine andere Ausgangslage. Es geht darum, dass wir eine Rechts- und Planungssicherheit schaffen. Wir dürfen nicht ausser Acht lassen, dass wir in 25 Jahren wieder über eine neue Bau- und Nutzungsordnung debattieren werden und bis dahin ist in diesem Areal vielleicht noch nicht fertig gebaut. Es geht also darum, dass wir jetzt oder für die nächsten zwei bis drei Jahre etwas schaffen, was den Grundeigentümern, der Gesellschaft und Lenzburg etwas nutzen soll. Dementsprechend wir die FDP-Fraktion den Antrag des Stadtrats unterstützen und den Rückweisungsantrag ablehnen.

Fabian Würmli (SP): Einfach nochmal zum vorne wegnehmen. Wenn man etwas plant, muss man eine Vorleistung erbringen. Man muss aber definieren, wie man das Geld wieder zurückhaben will. Ich glaube das ist Teil dieser Erarbeitung und dieser Strategie wie man diesen Mehrwert ausgleichen will. Damit man das alles definieren kann, muss man zuerst anfangen und dafür braucht es die Vorleistung der Stadt und das kann gut jetzt passieren. Das geht nicht so schnell und man kann immer noch darauf reagieren. Aber irgendwann muss man mal starten.

Stadtkammann Daniel Mosimann: Noch einmal ganz kurz. Wir haben das in dieser Vorlage modulmässig aufgebaut. Zuerst die Machbarkeitsstudie, welche erarbeitet wird und dann die Testplanung. Wir möchten die Phase dieser Machbarkeitsstudie auch nutzen, um mit den Grundeigentümern Gespräche und weitere Verhandlungen führen zu können. So können wir in die Testplanung gehen und wissen, was man von den Grundeigentümern erwarten kann. Noch kurz zur Mehrwertabgabe. Es gibt da einen Mehrwert aber per Gesetz im Kanton Aargau kann man eine Mehrwertabgabe so nicht einfach einfordern. Die kann nur eingefordert werden, wenn es eine Einzonung gibt oder wenn man

eine Umzonung von öffentlichem Baugebiet zu ordentlichem Baugebiet macht. So wäre am Ende die Stadt Lenzburg als Grundeigentümerin die einzige Partei, welche eine Mehrwertabgabe entrichten müsste. Was wir jetzt machen möchten, ist, was wir an anderen Orten auch schon taten. Wir wollen einen Planungsausgleich schaffen. Weil, wenn man mehr realisieren kann, soll man da zugunsten der Öffentlichkeit etwas zurückgeben. Das kann in einem Entwicklungsrichtplan und nachher in einem Gestaltungsplan festgehalten werden.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion ab.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann stimmen wir über die Machbarkeitsstudie mit Testplanung; Synthesebericht; Erarbeitung des Entwicklungsrichtplans; Verpflichtungskredit ab.

Schlussabstimmung

Der Antrag wurde mit 29 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

8 Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante Kronenplatz «Sandweg»; Kreditabrechnung

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Modernisierung Bushaltestelle und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante Kronenplatz «Sandweg»; Kreditabrechnung.

Die Kreditabrechnung schliesst mit einer Kostenunterschreitung von CHF 21'047.90 und somit 18,96 %. Vor allem dazu beigetragen hat, dass die Offerte des Baumeisters CHF 12'000 tiefer war als angenommen und dass keine Risiken eingetreten sind. Somit mussten die Kostenreserven nicht ausgeschöpft werden und das gibt dann ziemlich genau diesen Betrag. Ivanka und ich haben die Abrechnung geprüft und dabei keine Fehler feststellen können. Es war alles korrekt verbucht und man konnte sehr tief in die Detaillierung hineinschauen. Die GPFK empfiehlt daher dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung anzunehmen. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank, dann stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung wird einstimmig angenommen.

9 Knoten Hardstrasse/Fabrikstrasse: Anpassung Verkehrsführung und Ergänzung Gehweg: Kreditabrechnung

Anja Kroll (Grüne): Geschätzte Anwesende, bei der einen Abrechnung konnte man sehen, dass Geld eingespart wurde bei dieser ist es jetzt anders gelaufen. 7,56 % wurde die Kreditabrechnung überschritten. Die Details sind gegenübergestellt und man kann es nachvollziehen. Insgesamt bleibt man auch unter den 10 %. Francis Kuhlen und ich haben die Rechnung geprüft. Es war eine grosse Abrechnung mit weiteren Unterlagen und wir können sagen, die Rechnung ist so in Ordnung. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat auch diese Abrechnung trotz der Kostenüberschreitung zur Annahme.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung wird einstimmig angenommen.

10 Motion: Die Mitte, EVP und weitere Unterzeichnende: Umsetzung behindertengerechter Zugang neues Schulhaus: Überweisung

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Motion; Die Mitte, EVP und weitere Unterzeichnende; Umsetzung behindertengerechter Zugang neues Schulhaus. Ich übergebe das Wort an Claudia Casanova.

Claudia Casanova (Die Mitte): Geschätzte Anwesende beider Räte, geschätzte Medienschaffende, ich mache es kurz. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Antwort des Stadtrats und die Bemühungen, welche unternommen worden sind, um diese Massnahmen umzusetzen. Wir warten noch auf die letzte Massnahme der Signaletik. An dieser Stelle sagen wir aber Danke für die Umsetzung.

Die Motion wird zurückgezogen.

11 Einwohnerrat: Schriftliche Anfrage Grüne; «Arbeitsbelastung Stadtrat»; Beantwortung

Anja Kroll (Grüne): Geschätzte Anwesende, es ist schon spät. Ihr habt die Antwort alle vorliegen. Ich bedanke mich erstmal herzlich für die ausführliche Beantwortung. Ich bin grundsätzlich auch zufrieden mit den Antworten. Die Presse hat auch schon berichtet, der Stadtrat ist zufrieden, die Anfragenden sind zufrieden. Welch besseres Ergebnis hätten wir uns vorstellen können. Mir war es wichtig, dass wir die Frage überhaupt stellen. Die Rechenschaft nach aussen zum einen ist das, was der Stadtrat sich vorgestellt hat in Bezug auf Pensen und Arbeitsbelastung aufgegangen, aber auch um eine Diskussion nach innen durchaus auch zu fördern und diese hat stattgefunden. Da bin ich sehr dankbar dafür. Man kann jetzt hier auch rechnen und man sieht, wer kriegt sozusagen sein Pensum fast bezahlt und wer kriegt es gar nicht bezahlt. Der Stadtrat arbeitet alles in allem doch immerhin ungefähr 360 bis 370 % und bezahlt bekommt er 260 %. Vielen Dank dafür, dass ihr euch alle so einsetzt für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Man kann auch eine gewisse Tendenz feststellen, dass kleine Pensen zu einer höheren Mehrbelastung führen. Dies ist auch begründet mit dem Einarbeitungsaufwand. Die letzte Spalte ist privat, da bin ich einverstanden, das darf man so beantworten, aber man darf auch fragen. Wir haben uns da richtig verstanden. Ich bin dankbar für die Transparenz in Bezug auf die Arbeitsbelastung insgesamt. Vielen Dank.

12 Einwohnerrat: Schriftliche Anfrage FDP: Fahrverbot Wylgasse/Friedweg: Beantwortung

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren beider Räte, geschätzte andere, welche es noch immer aushalten. Vor gerade sechs Tagen ist das Geschäftsreglement des Einwohnerrats 40-jährig geworden. Eines dieser Reglemente, welches offenbar nicht angepasst werden muss. Ich erlaube mir §17 vorzulesen: Die Redner sprechen vom Rednerpult und in der Regel frei. Sie haben sich kurz zu fassen zur Sache zu sprechen und Anstand zu wahren. Der Präsident kann ihnen nach fruchtloser Ermahnung das Wort entziehen. Der Vorsitzende sorgt für die Einhaltung der parlamentarischen Regeln und ruft die Mitglieder, die dagegen verstossen zur Ordnung. Zur Ordnung rufen wir auch diejenigen, welche das Verkehrs-signet missachten. Klassischer Fall von agree to disagree. Lieber Stadtrat ich bin nicht der Meinung, dass es richtig gemacht wurde. Ich bin aber dankbar, dass man die Kommunikation inskünftig anders anpackt. Wenn irgendjemand eine Busse bekommen sollte, soll er zu mir kommen, bevor diese bezahlt wird. Dann schauen wir, ob wir uns auf dem prozessualen Weg dagegen wehren können. Als Jurist nehme ich das ein bisschen als Sport. Vielen Dank.

13 Einwohnerrat: Schriftliche Anfrage; Die Mitte; Bildungskommission; Beantwortung

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, liebe Verwaltungsmitglieder, liebe Gäste. Wir bedauern den Entscheid keine Bildungskommission einzusetzen. Wir finden die Schule muss in der Bevölkerung verankert sein und nicht einfach gemanagt werden. Es sind doch sehr viele Personen involviert. Es sind hohe Investitionen, welche wir für die Schule tätigen. Wir finden es braucht eine gewisse demokratische Mitwirkung, welche momentan nicht gegeben ist. Wir sind uns bewusst, die Schulpflege wurde mit einem Volksentscheid abgeschafft. Es geht nicht um eine weitere Schulpflege, es geht darum, dass man eine Kommission einsetzt. Wir haben 17 Kommissionen und wir finden die Bildung darf da nicht fehlen. Es gibt viele Beispiele die Schulraumplanung beispielsweise oder Anstellungen und Entlassungen. Die Schulpflege wurde noch nicht lange abgeschafft und darum finden wir darf man hier schon ein Gremium zur Seite stellen.

Zur Frage 3; Infoveranstaltungen, ich glaube von diesen gibt es schon relativ viele für uns Einwohnerräte und jetzt noch eine zu machen für Schulen, ohne die Möglichkeit zu haben, etwas mitzugestalten, ist nicht so ein attraktives Angebot.

Zur Frage 4; Der Austausch zwischen Schulleitung und Stadtrat ist sicherlich auf vielfältige Art und Weise, was ich auch gut finde. Was bei der Schulpflege vorher ein Vorteil war, sind die regelmässigen Sitzungen, welche auch protokolliert wurden und eine gewisse formelle Form hatten. Die Prozesse waren für Aussenstehende nachvollziehbar. Das ist bei informellen Treffen nicht so gut möglich. Ich denke, solange man sich gut versteht, ist das kein Problem und ich vertraue hier auch sehr auf unsere Ressortvorsteherin. Es kann aber auch hier personelle Änderungen geben und dann ist sie doch allein auf sich gestellt und da finden wir, sie dürfte eine Kommission zur Seite haben. Wir werden dies zur Kenntnis nehmen und weiter beobachten. Danke für die Beantwortung.

Stadträtin Barbara Portmann: Mir ist es ein Anliegen etwas zu präzisieren. Es ist nicht so, dass es keine Sitzungen gibt, welche in irgendeiner Form protokolliert werden. Es gibt Gefässe, welche in den Verträgen über die Regionalschule verankert sind. Darunter die Konferenz der Regionalschule. Ein jährliches Treffen beider Gemeinderäte und es gibt einen Ausschuss der Regionalschule. Dieser setzt sich aus den Ressortvorsteherinnen Ammerswil und Lenzburg sowie der Schulleitungskonferenz Präsidium und Vizepräsidium zusammen. Dieser Ausschuss trifft sich rund sechs Mal im Jahr nach einer strukturierten Traktandenliste und mit Protokoll. Diese Protokolle werden den beiden Gemeinderäten zur Kenntnis zugestellt. Es ist nicht eine Ersatzschulpflege aber ein Austausch findet statt. Das war mir wichtig zu präzisieren. Vielen Dank.

14 Umfrage

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzte Damen und Herren, eine kurze schriftliche Anfrage an den Stadtrat. Ich bin mir bewusst, dass diese Anfrage bereits vor einem knappen halben Jahr von privater Seite an den Stadtrat gelangte, und deshalb werde ich öffentlich nachdoppeln. Dürfen die Kindergarten- und Schulkinder der Privatschulen am Lenzburger Jugendfest ab dem Jahr 2025 teilnehmen und mitlaufen? Frage 1 und Frage 2 eine mögliche Kostenfolge soll den Privatschulen auferlegt werden, sofern diese substantiell relevant sind. Können diese Kosten pro Kind direkt festgelegt und beziffert werden. Kurzbegründung: das Lenzburger Jugendfest soll für alle Kinder, welche in Lenzburg eine Schule besuchen ein Fest sein. Die meisten von uns haben grossartige Erinnerungen an dieses jährlich wiederkehrende Fest und selbst im Erwachsenenalter hat das Jugendfest einen hohen Stellenwert. Wir freuen uns noch immer wie ein kleines Kind. Ich bitte deshalb den Stadtrat, resp. das entscheidende Gremium diese Kinder am grössten Lenzburger Fest zu integrieren. Danke.

Christoph Nyfeler (FDP), Corin Ballhaus (SVP) und Christina Bachmann (Die Mitte) gemeinsam am Rednerpult:

Es wird die Ausgabe der AZ vom 3. August 2024 angesprochen, wo das Verwaltungsgericht eine Bewilligung für ein Bauvorhaben in der Altstadt aufgehoben hat, welches der Stadtrat und das BVU genehmigt haben. Dabei wurde die Rollenvielfalt von Martin Kilius (Einwohnerrat), als obersten Heimatschützer in Frage gestellt. Dieses Vorgehen, der oben erwähnten Personen wurde von Ivanka Basic (SP) stark kritisiert. Martin Kilius hat zu diesen Vorwürfen direkt Stellung genommen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller schliesst die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:



